

Dresdner Volkszeitung

Postleitzettel: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1288.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Banffonto:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Stadt und Dresden-Land.

Begutachtungspreis einschließlich Beilage mit den wöchentlichen Beiträgen "Rath und Welt" und "Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Telefon 26 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Telefon 26 261.
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Telefon 26 261.
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Telefon 26 261.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nummernzeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgeschäfte 40 Prog. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 123

Dresden, Dienstag den 27. Mai 1924

35. Jahrg.

Rücktritt der Reichsregierung

Flucht der volksparteilichen Minister — Die deutschnationalen Kuhhändler — Sehnsüchte der Reaktion
Wer bildet die Regierung?

Berlin, 26. Mai. (Sig. Drath.) Mit Rücksicht auf den am Montag von der Volkspartei gelassenen Beichtab ist die Reichsregierung am Montag abend 10 Uhr 15 Min. zurückgetreten. Der Reichspräsident hat die Dimission angenommen. Er wird heute zunächst mit den Parteiführern verhandeln und selbstverständlich auch die Deutschenationalen empfangen. Aber es erscheint heute noch mehr wie bisher zwecklos, sie mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Man kann bereits sagen, daß die Schwierigkeiten zur Bildung eines Bürgerblocks in den letzten 48 Stunden nicht kleiner, sondern größer geworden sind.

Die Wahlentscheidung des deutschen Volkes vom 4. Mai war Pflichtwerk. Es war ein Ruck nach rechts, wie die deutschnationalen Bissern bewiesen und ein Ruck nach links, was die Mandatzunahme der Kommunisten anbelangte. Ein Ruck aber zieht den andern nach sich, und so darf sich das deutsche Volk jetzt nicht wundern, wenn die letzten drei Wochen Regierungskrise recht lächerlich verließen. Das einzige Resultat sind bis jetzt die Pläne der Deutschenationalen, die auf außenpolitische Fragen bis heute noch keine Antwort finden konnten, sowie der gestern erfolgte Rücktritt der Reichsregierung. Es kam ganz plötzlich und auf Wunsch der volksparteilichen Reichsminister. Parteiafflit, Parteiinteressen gaben für die Volkspartei, die "Partei der Volksgemeinschaft", den Auschlag. Die Angst vor der deutschnationalen Opposition, die Furcht vor der Wählerstimme, wenn die Deutschenationalen etwa doch noch außerhalb der Regierung bleiben sollten, machte die volksparteilichen Minister schwach. Sie gingen. Die Rentenmark kann zwar darüber ins Wadeln kommen, doch es ist ja nicht das erste Mal, daß sich gerade in der Stresemann-Partei der Parteipatriotismus als stärker erwies, denn die sonst im Munde herumgeschleppte Vaterlandsliebe.

Der Wähler, der die Verhandlungen zwischen Mittelparteien und Deutschenationalen seit Mitte Mai verfolgt hat, wird sich sicher hinter den Ohren fragen, um was es eigentlich geht. Kurz gefragt: es handelt sich darum, eine Regierung zusammenzustellen, die im Parlament eine Mehrheit hat und gleichzeitig die für Deutschland unerlässlichen außenpolitischen Aufgaben erfüllt. Dazu gehört die Annahme des Sachverständigungsgutachtens, das nach dem einmütigen Besenntnis der Mittelparteien den ernsthaften Versuch der Entente bedeutet, die Reparationsfrage in einer für Deutschland erträglichen Weise zu lösen. Die Deutschenationalen hungern zwar mächtig nach der von ihnen so viel gesuchten Regierungsfutterkrippe, schenken aber davor zurück, sich zum Sachverständigungsgutachten mit Hant und Soot zu befennen, nachdem sie mit dem Kampf gegen die Erfüllungspolitik überausfeindliche Wähler eingefestigt haben.

Um die Stellung der Deutschenationalen zur Erfüllungspolitik gehen die Verhandlungen seit 14 Tagen. Resultatlos? Nein. Es stellte sich heraus, daß die Deutschenationalen bis heute auf vorgestellte außenpolitische Fragen keine klare Antwort zu geben vermochten. Es zeigte sich weiter, daß diese Partei, die mit Entrüstungsrummel gegen den "parlamentarischen Schoder" und den "Kubhandel um Regierungsposten" groß geworden ist, — daß diese Partei der ewig moralischen Protektion dem Schoder um Regierungsposten und dem Kubhandel um Ministerposten heute in einer Weise fröhlt, die alles bei den bürgerlichen Parteien bisher Dagobrena in den Schatten stellt. Die Herkulete müßten, wenn sie ihre Wähler nicht betrügen wollten, rund heraus erklären: Wir sind bisher gegen jede Erfüllungspolitik gewesen, wir lehnen darum das Sachverständigungsgutachten rundheraus und ohne Vorbehalt ab und pfeifen auf eine Regierungsbeteiligung. Aber wie kann man eine gerade Politik von Parteien der frummen Wege erwarten? Die deutsche Reaktion hat nicht mehr viel Zeit zu warten: die Rentenmark ermöglichte eine gewisse Verhinderung des Wirtschaftslebens; außenpolitisch hat sich die von jedem vernünftigen Deutschen ersehnte Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland an. Das bedeutet im Grunde eine Festigung der Republik und Sicherung der Weimarer Verfassung. Die deutsche Reaktion aller Grade und Parteifarben hat das nicht unberüchtigte Gefühl, daß sie sich beeilen muß, wenn ihre nach rückwärts gerichteten sonderrevolutionären Hoffnungen nicht wie Seifenblähen zerplatzen sollen.

In republikanischen Kreisen geht die Befürchtung auf, daß die Deutschenationalen und die ihnen benachbarten Gruppen zur Macht gelangen wollen, um einen sogenannten trockenen Putz zu machen. Ein bisschen Ausnahmezustand, ein bisschen deutschnationale Widerstandsbewegung mit Artikel 48, ein bisschen Reichsersekutive gegen republikanische Einzelstaaten mit Reichswehrdirektor — und wie leicht ist im

Raufe einer solchen Kampagne die Verfassung rückwärts zu revidieren. Es gibt aber nicht minder viele Anhänger der Republik, die das erkennen: Läßt sie es einmal versuchen! Sie werden sich die Finger verbrennen. Auch wir gehören zu denen, die eine Regierung mit Beteiligung der Deutschenationalen weder für das Ende Deutschlands noch der deutschen Republik halten. Denn Deutschland ist nun einmal nicht Italien. Die deutsche Arbeiterschaft ist stärker, reicher, disziplinierter und besser organisiert als die italienische Arbeiterschaft. Und der italienische Faschismus vertrot immerhin eine nationale Ideologie, die mit dem Siege der Entente gesiegt hatte. Was jedoch vertritt der deutsche Faschismus? Ein Programm, eine Weltanschauung, die von den Kanonen der Weltgeschichte abgeworfen wurde. Und den Kern der deutschen Reaktion bildet eine Führungskommission, die sozusagen zu den geschlagenen Propheten und Heldern der Welt gehört. Und außenpolitisch? Als Mussolini seinen Staatstreit verlor, blieb die Entente wohlwollend neutral. Welcher Narr bildet sich ein, daß Frankreich und die Mandataaten neutral bleiben, wenn in Deutschland etwa die Partei des ewigen Revanchegescheires und teutonischen Vordengesetzes zur Diktatur schreitet? Man braucht nur diese Moonien anzutippen, um den Unterschied zwischen Italien und Deutschland handgreiflich zu machen.

Letztlich drängen die Deutschenationalen mit allen Wassern ihres Gezens zur Regierungskrippe. Trotz der Erfüllungspolitik? Trotzdem! Sie wollen zur Macht und sei es mit der Erfüllungspolitik! Aber die Erfüllungspolitik der französischen Anträge soll auf Kosten der arbeitenden Massen gehen. Heute und den Seinen schreibt eine Verständigung mit dem französischen Kapital und der französischen Reaktion vor, eine Verständigung, die der deutschen Reaktion innerpolitisch freie Hand gegen Arbeiterschaft, Republik, Demokratie, Sozialismus und alle freiheit-

lichen Errungenschaften der Novemberrevolution geben soll. Das ist das Rudels Kern! Die falsche Rechnung besteht nur darin, daß sich die Deutschenationalen einbilden, in Frankreich und England sei eine Volksmehrheit für diese Sorte Verständigung zu haben. Eine Rede Ludendorffs genügt, um im französischen Volk dieselbe Abwehrslösung gegen Deutschland lebendig emportragen zu lassen, von der das deutsche Volk lange Zeit gegen den russischen Zarismus bestellt war. Aber Psychologen und hellhörige Weltpolitiker sind ja die früheren Herren Deutschlands nie gewesen, wie ihr elender Domkrott im Weltkrieg bewies.

Die Sozialdemokratie hatte den Reichskanzler Marx mitteilen lassen, daß sie jeder Regierung mit deutsch-nationalen Einstieg entschieden kämpft. Das muß unsrer Ansicht nach für jede Regierung gelten, die Erfüllungspolitik auf Kosten der breiten Massen betreiben will. Eine Beteiligung der Sozialdemokratie an einem bürgerlichen Kabinett kommt unsrer Ansicht nach nicht in Frage. Eine Auffassung, die von der Mehrheit der sozialdemokratischen Presse vertreten wird. Wir vertreten Forderungen, für die die bürgerlichen Parteien bisher nur die kalte Schulter hatten. Wir fordern Steuerreform, gesetzliche Sicherung des Achtstundentages, Sozialpolitik, Justizreform, Republikanisierung der Reichswehr und des schwarzen Militarismus. Welche der bürgerlichen Parteien geht hier entschieden mit? Die Erfahrungen, die wir mit der Koalitionspolitik im Reich machen mußten, haben bewiesen, daß die Stresemänner Abmachungen mit Koalitionsgenossen eingegangen, um sie dann zu verraten und zu verkaufen. Wir sind unter solchen Umständen außerhalb des Kabinetts mindestens so stark wie in Kabinetten der Unentschiedenheit und Verwuschelheit.

So haben sich denn die bürgerlichen Mittelparteien in eine Lage hinein geführt, aus der sie sich gegenwärtig wie Rünchhausen am eignen Kopf herauszuziehen suchen.

Gegen die Diktatur der Zeichenbarone

Die Verhandlungen im Bergbaukonsortium

Unter dem Vorsitz des Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung, Syrup, der vom Reichsarbeitsschreiber zum Schlichter für den Konsortium im Ruhrbergbau ernannt wurde, traten die Parteien aus dem Ruhrgebiet am Montag erneut zu Schlichtungsverhandlungen zusammen. Die Verhandlungen haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Immerhin läßt sich feststellen, daß sich die Parteien in einigen streitigen Punkten wesentlich nähergekommen sind. Am Dienstag werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Nach einer Meldung des Vorwärts verlangen die Zeichenbarone nach wie vor die Einhaltung des "Schiedsvertrags", der die Schiedszeit der Bergarbeiter unter Tage um eine Stunde, auf acht Stunden, bis zum 1. Juni 1925 verlängert, die der Arbeiter über Tage auf 10 Stunden bis 78 Stunden die Woche, ohne jede Sonderentschädigung, ohne Möglichkeit, zur normalen Arbeitszeit zurückzufahren, sobald wieder normale Zustände eintreten. Gerade aus die beiden letzten Umstände weisen die Vertreter der Bergarbeiterverbände mit besonderem Nachdruck hin.

Die Bergarbeiter-Internationale greift aktiv ein

Brüssel, 26. Mai. (Sig. Drath.) Das Exekutivkomitee der Bergarbeiter-Internationale hat die ausländischen Landesdelegierten der Bergarbeiter-Internationale beauftragt, sich sofort mit den Transportarbeiterverbänden in Verbindung zu setzen, um die Krise der Kohlenförderung sämtlicher Kohlentransporthebe nach Deutschland auf wirtschaftliche Unterstützung der deutschen Bergarbeiter zu erörtern. Die Bergarbeiter-Internationale will mit der Internationale der Transportarbeiter gemeinsam Maßnahmen zur vollkommenen Stilllegung der Kohlentransporthebe nach Deutschland beraten.

Kurzarbeit bei Krupp

Hoffen, 26. Mai. (Sig. Drath.) Wie die Kruppschen in Hoffen in der Zeitung mitteilten, wird in den mechanischen Betrieben vorläufig unter Beibehaltung der bisherigen Sitzschichten weiter gearbeitet.

Die Lage wird immer kritischer

Bochum, 26. Mai. (Sig. Drath.) Das Organ des Deutschen Bergarbeiterverbandes, die Bergarbeiter-Zeitung, schreibt: „Die Lage im Ruhrgebiet droht mit aller Macht zu einer baldigen positiven Entscheidung. Die letzten Möglichkeiten, den Konkurrenz ohne allzu große Schädigung für die Wirtschaft zu lösen, haben die Gedankenherren ungern vorübergehen lassen. Die Unternehmer sind des Glaubens, daß die Ruhrbergarbeiter infolge Hungers recht bald zu Kreuze frieren müssen. Weiter sind sie der Hoffnung, daß es den sogenannten radikal-

en Elementen in Kürze gelingen werde, die Bergarbeitermassen aus den Händen der Verbandsführer gleiten zu lassen. Sie warnen darauf, daß die bis heute vorbildlich wirkende Einheitsfront von den kommunistisch-unionsistischen Präfanden zerstört wird. Wollen die Regierenden in Berlin erkennen, daß im Ruhrgebiet keine Zeit mehr verloren geben darf. Wird den schwerindustriellen und wissenschaftlichen Katastrophenpolitikern nicht bald und energisch der Weg verperert, dann kann es in diesem Sievier zu Ereignissen kommen, die noch Jahrzehnte hindurch ihren Spuren auf die Entwicklung unseres fieber ringenden Volkes werfen müssen. Diese Mahnung rufen wir der Regierung zu, in dem Bewußtein, daß hinter ihr Hunderttausende treidlicher, braver Bergarbeiter stehen, die allen Schicksalsschlägen zum Trotz den Kopf klar halten und den Willen zum Sieg bis zum letzten entscheidenden Stunde in sich tragen werden.“

Ruhrkampf und preußischer Landtag

Berlin, 26. Mai. (Sig. Drath.) Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtages hat zur baldigen Beilegung des großen Wirtschaftskampfes im Ruhrgebiet folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, daß Staatsministerium zu ersuchen, mit aller Energie und Dringlichkeit auf die Reichsregierung einzutreten, daß die Kosten aus den Micum-Beträgen sofort auf die gesamte Wirtschaft verteilt werden.

Aufdrücklich der Staatsberatung nahm der Bergarbeiterführer, Genoss Husemann, Gelegenheit, in einer großen Anzahl der Zeitungen auf den Arbeitskampf im Ruhrgebiet einzugehen. Er wies nach, daß die Unternehmer schon seit Monaten des passiven Widerstandes unter ständiger Verlegung der Tarifbestimmungen und unter Verjährungen gegen Kreis und Gemeinden ihre wirtschaftliche Macht missbraucht hätten, um die Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter zu verschlechtern. Zu jedem kommt, daß die Unfallziffern im Bergbau in der letzten Zeit wieder mächtig im Steigen begriffen seien. Im Dezember 1928 1481 Unfälle, im Januar 1929 4100, im Februar 1929 4817 und im März 5565. Von den im Monat März erfolgten 5065 Unfällen waren 58 Tote, davon 42 Bergarbeiter und 12 Lebige. Diese Zahlen sind genau ermittelt worden und stehen eindeutig fest.

Der sächsische Bergarbeiterkampf

Anfolge der anhaltenden Kohlenknappheit durch den Bergarbeiterkampf haben verschiedene große jüdische Betriebe, besonders der Textil- und Metallindustrie, geschlossen bzw. Verträge mit der Arbeitszeit durchgeführt. Das Elektrofitterwerk Freital wird voranführlich am Dienstag wegen Kohlemangel stillgelegt werden. Die Lage im sächsischen Kohlenbergbau hat arbeiterstreit habe verschiedene große jüdische Betriebe, begonnen, da der geordnete Stundenlohn von 70 Pf. abgelehnt wurde, eine gewisse Berichtigung erfahren. Die Ausführung der Stoffabarbeitungen in den Werken wird vorläufig unterschoben.

Dienstag den 27. Mai 1924

Gesellschaft

Aus dem Wirtschaftsleben

Unser Wirtschaftsleben steht weiter unter dem Zeichen des Konjunkturumwälzung, den die Kreditentzerrungen der Reichsbank veranlaßt haben. Wie bereits gemeldet, darf die Reichsbank nicht daran, dem Drängen derjenigen Kreise nachgeben, die verlangen, daß die Kreditentzerrungen wieder gelöst werden. In einer Befreiung mit der Befreiung betonte Ministerialdirektor Dalberg vom Reichswirtschaftsministerium, daß ohne die Abschaffung der übergrößen Warenlager die Wirtschaft nicht wieder flüssig gemacht werden könne. Weite Kreise hielten, so wurde dabei hervorgehoben, lieber Effekte zu verhindern, hielt doch sie ihre Vorräte hergeben. Die Lage der Reedeverzorgung sei, so bemerkte Dalberg, gar nicht so unsäglich wie das von vielen Seiten dargestellt werde, die Reichsbank habe mit insgesamt über 2 Milliarden Gold etwa 50 Prozent mehr Wechsel kontrolliert als im Frieden und von der Goldbestand seien insgesamt 8 Millionen Pfund ausgegeben worden. Außerdem seien in der letzten Zeit eine ganze Reihe von privaten Auslandskrediten zu relativ günstigen Bedingungen abgeschlossen worden.

Zu einer Rendierung des von der Reichsbank eingeschlagenen Sturzes liegt um so weniger Veranlassung vor, als sich die Erfolge der Reichsbankspolitik auf dem Deutschenmarkt sehr deutlich zeigen, auch in der vergangenen Woche sind

die Devisenauforderungen

neiter zurückgegangen und die Beteiligung somit erhöht worden, und die neuesten Veröffentlichungen von Unterberechnungen zeigen ein weiteres Sinken der Preise. Als eine Erklärung für die Politik der Reichsbank erweist sich jetzt die Geschäftsaufsicht. Die Geschäftsaufsicht ist bei Beginn des Krieges geschaffen worden, um Unternehmen, die durch die Folgen des Krieges in Bedrängnis geraten sind, vor dem Konkurrenz zu schützen. Ihre Verbindung hat zur Folge, daß der Schuldnere zunächst von der Verpflichtung seine Schuld zu bezahlen, jetzt wird allgemein darüber gefragt, daß viele Unternehmen, die die Verbindung der Geschäftsaufsicht über sich beanspruchen, diese dazu benutzen, um den sonst notwendigen Verlust ihrer Warenvorräte zu vermeiden. Der Zweck der Geschäftsaufsichten ist es aber gerade, den Verkauf von Waren zu erzwingen und so die Preise zu drücken. Der Handelsverband des deutschen Bank- und Käufleuteverbands hat auch bereits eine Eingabe an den Reichswirtschaftsminister gerichtet, in dem

eine Reform der Geschäftsaufsicht

gefordert wird. Entgegen der eigentlichen Zwei der Institution, so wird in der Eingabe ausgeführt, Erschütterungen der Wirtschaft und des Kredits zu vermeiden, hat die Reichsbank, mit welcher es zahlungsunfähig mitunter sogar Zahlungsunfähigkeit geschafft hat, durch Verhinderung der Geschäftsaufsicht für sich eine Art Monopol zu erlangen, die Kreditfähigkeit der deutschen Wirtschaft und schwierig beeinträchtigt und einem weitgehenden Mißtrauen Raum gegeben wird, unter welchem auch sonstige freihändige Unternehmen empfindlich zu leiden haben. Das Reichswirtschaftsministerium hat auch bereits eine Konferenz einberufen, um die Möglichkeit einer vollkommenen Aufhebung oder Reduzierung der Geschäftsaufsicht aufzubringen. Eventuell soll die Geschäftsaufsicht nur noch Firmen gewährt werden, die vom Kriegsboom oder vom Krieg betroffen wurden. Wenn es nicht möglich ist, die Geschäftsaufsicht so zu reformieren, daß sie nicht mehr das so gefährliche Gestalten von Warenvorräten ermöglicht, so wäre es besser, wenn sie vollständig aufgehoben würde. Der gewaltige Kapitalmangel, unter dem unsre Wirtschaft leidet, röhrt ja zum guten Teil daher, daß die Eingaben bei den Banken viel weniger sind als früher. Seitdem die Mark fällt ist, hat zwar die

Spätigkeit

wieder eingezogen, bei den Berliner Sparkassen betragen die Einlagen am 1. Januar 1923, am 1. Mai 3.484.000 Goldmark. Hingegen wächst bei den Banken der Einlagenbestand im Durchschnitt nur außerordentlich langsam und nicht ausreichend in dem Umfang, wie die Institute Gelegenheit zur Wiederbeschaffung an Handel und Industrie hätten. Die Frankfurter Zeitung führt das einmal darauf zurück, daß die Geschäftsaufsicht, die bei den Banken Konten haben, sich selbst im Zuge der weitgehenden Demobilisation befinden, d. h. selbst unter den Geldnachfrage leiden, und deswegen Guthaben bei den Banken nicht unterhalten können. Dann käme aber, daß der Kleinpublikum den Banken völlig durch deren eigene Politik entzerrt sei. Deutlich erscheint daraus der ungewöhnliche Tonfall, den sich die Banken im vorigen Sommer mit dem schwunglosen Abbau und der Auflösung aller Kleinstunden angefügt hätten.

Die gegenwärtige Krise muß sich natürlich vor allem in denjenigen Industrien stark bemerkbar machen, wo sich besonders ungefährte Verhältnisse herausgebildet haben. So über-

Leben • Wissen • Kunst

Konzerte

Brahms-Inthus des Opernorchester. Der gestrige vierter Abend brachte die 7. und 8. Sinfonie in der Nummerfolge zu Gehör. Und siehe da, die unerträgliche, mächtigere in A-Dur drückte nicht auf die kleinere, behaglichere in F-Dur, die den legenden Teil des Konzerts ausfüllte. Auch die Aufzügung für den Dirigenten Suhr litt scheinbarweise bei dieser, den steigernden Effekten nicht juchzenden Programmabstellung.

Wie das vorangegangene, so ist auch dieses Sinfonienpaar zwillingssichtig zur Welt getreten. Das geschah 1811. Beide Geborene sind von mästlicherem Geist bestimmt, von väterlicher Kraft gestählt. Der Erstenstücke schwang die Fadel des Prometheus, der andre freut sich seiner eigenen Wonne.

Die Wiederholung war respektabel. Man hatte sich diesmal vorbereitet. Damit tilgte man die schlimme Erinnerung an das vorhergehende Konzert. Auch unsre Theaterkapelle kann heute solche Veranstellungen nicht die für ihre gegenwärtige Verfassung anstrechende Verhöhnigung richten. Stolz und schön, wenn auch etwas gleichmäßig angepannt im Tempo, erwang der erste Satz der A-Dur-Sinfonie. Schlicht und erregend der zweite, kurzig und festlich das Scherzo. Das Finale freilich hatte es mehr in den Seinen als im Kloß. Es jagte bestimmtlos dahin. So leben wir unter gebrochenen Kapelle mit ihrem Generalmusikdirektor — da das Theater schon eh nicht geht — wenigstens als achtbare Konzertgeber. Vorausgelegt, daß sie sich gut vorbereiten, gibt es dann einen so schönen Abend wie den gestrigen.

P. B.
Die Gemeinschaft proletarischer Freiheiten veranstaltete im Saale der Reichskrone ein Konzert, dessen Steinertag in menschenfreudlicher Art dazu bestimmt war, einem jungen Arbeitschreiter, Hans Gleißner, die Hilfsmittel zu kaufen, die ihm sein förderliches Leben erleichtern können. In erster Linie brachte sich seine Beteiligung: Kleisthats Volkskunst-Gemeinschaft und der Laienchor seines Baubegästes Sangervereins Hornegg unter seiner Leitung in blühend sauberer Tongebung und vorbildlicher Präsentationsart um die Wiedergabe von Volksliedern und auch Kleisthats Säulen von gesammeltem Bräugung. Auch die mitwirkende Laienfängerin Helga Batti sang u. a. zwei seiner Lieder, die den schwerfälligen Grundton zum Glück noch nicht ins Ungleiche wendeten. Ein Quartett der Arbeiters-Kondolinen- und Gitarrevereins Harmonie bereitete die Vortragsfolge um mehrere exakt gewählte Instrumentalstücke. Kleisthats konnte von festlich bestätigtem Punkt für den starken Beifall danken.

Dresdner Kalender

Theater am 28. Mai. Opernhaus: Der Troubadour (7%).

Vollstädte Nr. 8571 bis 8720. — Schauspielhaus: Untreue.

stärzen sich, wie der Frankfurter Zeitung gemeldet wird, die Fragen aus der Margarineindustrie.

Während zuerst über die ausländische Konkurrenz gellagt wurde, so jetzt über die Entstehung immer neuer Inlandsbetriebe. Seit kriegerisch soll sich die Zahl der Margarineindustrie um etwa 70 Prozent vermehrt haben, und die Neu-einrichtung weiterer Betriebe nimmt auch trotz der niedrigen Preise ihren Fortgang. Es scheint so, als ob die Margarineindustrie die Entwicklung neuer Fabrikat begünstigt, um ihre Mündungen loszuwerden. Die alten Werke fliegen besonders darüber, daß durch die Gründung neuer Werke ihnen die Differenziertheit verringert würde. Das Speisefettgewerbe genießt einen Vorsprung in der Teilstoffteilung infolge, daß der Summe der Margarineindustrie eine bestimmte Tagesquote voll zugesetzt wird. Die älteren Fabrikat haben nun einen Teil der Quote an neue Firmen abtreten müssen. Da heute die Margarinefabrikation mit Absatzschwierigkeiten zu kämpfen hat, hat die Errichtung neuer Fabrikat wirtschaftlich eine Verschärfung, aber derzeitige Unzulänglichkeiten sind ja in der kapitalistischen Gesellschaft an der Tagesordnung.

Auch in der

Textilindustrie

scheint der Umschwung sich jetzt geltend zu machen. Im Wollgroßhandel ist eine starke Zurückhaltung in der Erteilung von Aufträgen eingetreten, in den Baumwollspinnewerken hat die Nachfrage nach Garn ganz erheblich nachgelassen. Es wird nur den notwendigen Bedarf an Garn gedeckt, allem Anschein nach kosten die Weberei auf ein Zurückgehen der Preise auf dem Baumwoll- und Garnmarkt. Die Textilfabrikat haben zwar vielfach Aufträge, die ihnen auf Monate hinaus bestätigt geben, aber man hat von vornherein damit gerechnet, daß vielfach die Fertsteller nicht imstande sein werden, die bestellten Waren abzunehmen. Die Erwartung hat sich bestätigt. Der Zahlungseingang ist in letzter Zeit äußerst schwach geworden. Die Zahl der Zahlungsstörungen, Geschäftsausfällen und Stornos im Textilfach ist bedenklich angewachsen und der Neuerlangung von Bestellungen ist seit Wochen zurückgegangen, dafür häufen sich die Annulierungen bereits erledigter Aufträge. Der Absatz im Einzelhandel ist bei den fehlenden Kaufleuten unbedeutend. Auch eine Belastung der Exportfähigkeit ist in den letzten Wochen nicht eingetreten, die Fabrikanten sind angeblich, um überhaupt Geldmittel für die Aufrechterhaltung der Betriebe heranzubekommen, genötigt, Waren unter Selbstkosten abzusuchen. Eine allgemeine Senkung des Preisniveaus ist allerdings noch nicht eingetreten.

Aus der Schweizer Handelsstatistik geht hervor,

die Einfuhr aus der Schweiz nach Deutschland bedeutend gestiegen ist. Sehr wesentlich hat sich die Ausfuhr von Baumwollgeweben und Garnen nach Deutschland erhöht, und zwar stärker dem Wert als der Menge nach, was auf eine qualitative Verbesserung des Exports schließen läßt. Es ist ferner die Ausfuhr von Stickereien und Seide nach Deutschland gestiegen. Ein Schweizer Blatt weist darauf hin, daß die Steigerung zu einem großen Teil mit der Krebsnot in Deutschland zusammenhängt, der deutsche Handel bezüglich Waren gegen Kredit aus dem Ausland, trotz teilweise höheren Preisen, weil das Land infolge der hohen Banknoten kaum Kredit gewähren könnte. Aus diesen Angaben geht hervor, daß in erheblichen Mengen Luxuswaren aus der Schweiz eingeführt werden, ein Zustand, der bei dem schlechten Stand unserer Handelsbilanz höchst bedenklich ist. Wie sinnlos gewirtschaftet wird, zeigt sich auch darin, daß jetzt

ausländisches Frühstück

in Deutschland auf den Markt kommt. Die Süßfruchtaktion geht zu Ende und ist mit einem Massenkonsum von Apfelsinen, Mandarinen und vor allem Ananas bis zum letzten Tag eingestellt worden. Nun fügt vor allem die Einfuhr von Orangen ein. Allein in Berlin sollen in den letzten zwei Tagen 15 oder 16 Millionen Orangen eingetroffen sein. Die Regierung behauptet, den Frühstücksmarkt nicht hindern zu können, denn der deutsche Italienische Wirtschaftsdeutschland sehr ausdrücklich eine ungehoberte Einfuhr dieser Waren vor. Mit Recht wird gefordert, daß die Reichsbank durch Verweigerung der Devisen auf eine Einfuhr ein Lebendwesen der Obstzehrung zu verhindern sucht. Es mühte ferner versucht werden, sobald als möglich eine Änderung des deutsch-italienischen Vertrages zu erreichen.

Der Großhandelsindex der Industrie- und Handelszeitung.

In der abgelaufenen Berichtswoche (beginnend mit Sonnabend dem 17. und endend mit Freitag, dem 23. Mai) hat der Großhandelsindex der "Industrie- und Handelszeitung" eine Senkung von 195,19 auf 192,90, also um 1,6 Proz. erfahren. Im allgemeinen erfuhren

reide A: Die Kronbraut (7%), Volksblätter Nr. 6741 bis 6780. — Neustädter Schauspielhaus: Zum ersten Male: Frühlings-Ergebnis (7%). — Neues Theater (Kaufmannschaft) geschlossen.

Spielsplanänderungen im Opernhaus. Freitag muß Die verlaufte Brutto (statt Vojazz - Bauernehe) und Montag Der Vojazz und Sizilianische Bauernehe (statt Alida) gespielt werden.

Spielsplanänderungen im Schauspielhaus. Wegen Krankheitshalles Wittmachabend Die Kronbraut von Strindberg (statt Durandot) und am Donnerstagvormittag für die Dresdner Volksbühne Im weißen Röhl (statt Durandot).

Oevenhaus. Da Mag. Hirzel auf Grund eines ärztlichen Attestes beruhigt ist, fingen im Laufe dieser Woche an seiner Stelle Otto Wozniak von Deutschen Opernhaus in Charlottenburg am Mittwoch den Manzic in Troubadour und Adolf Lutzmann von der gleichen Bühne am Sonnabend den Hoffmann in Hoffmanns Erzählungen.

Neustädter Schauspielhaus. In der morgen stattfindenden Neu-einführung von Wedekinds Nibelungenfest fröhliges Erwachen ist nahezu das ganze klinstliche Personal beschäftigt. Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Bielek, Jantos, Rodmer, Bürgy und des Herren Groß, Marz, Steiner, Söder, Albert Bill und Zimmermann. Spielleitung Dr. v. Bild. Die Bühnenbilder wurden von Alfred Söder entworfen und werden zum ersten Male in der Form von Stoffbilddekorationen mit Hagedornischen Apparaten dargestellt.

Tonküstler-Verein. Zur Feier des 70-jährigen Bestehens des Tonküstler-Vereins (gegründet 24. Mai 1854) und gleichzeitig zur Vorfeier des 60. Geburtstages des Ehrenmitgliedes des T. V., Dr. Richard Strauß, wird am Sonnabend den 31. Mai 1924, 7½ Uhr, im Gewerbehaus zum Westen der Gesellschaft der Freunde des T. V. ein außerordentlicher Auftrittsabend veranstaltet. Kartenverkauf nur durch die Philharmoniehandlung Räumann Rosch, Wallstr. 12. Nach dem Konzert geselliges Beisammensein mit gemeinsamem Abendessen. Wohnten und nach dem Abendessen zwiflaliche Vorzüge. Gutscheine für die Teilnahme am Abendessen (8,50) sind durch die obengenannte Philharmoniehandlung zu entnehmen, und zwar bis spätestens Dienstag den 27. Mai. Von Mittwoch den 28. Mai an wird der Preis für die Teilnehmerkarte auf 5 M. erhöht. Götter sind sowohl beim Konzert, als auch beim Abendessen herzlich willkommen. Zur Aufführung gelangen bei dem Konzert lediglich Werke von Richard Strauss u. a. Bläser-Suite n. o. Co. 7, Violin-Sonate Op. 18 u. a. Röntgen, Walter Grotius, Jan Dohmen, Clisa Stünzer, Walter Bachmann.

die Großhandelspreise in der abgelaufenen Woche schwanken. Diese wirken am stärksten auf die Entwicklung der Industrie für die Gruppe Getreide, Mehl ein, die um 4,5 Proz. sinkt; ähnlich groß ist die Erhöhung in der Gruppe Textilien mit 4,1 Proz. Die Gruppenförderer für Fleisch, Fisch sinkt um 1,5 Proz. und die für Kohle, Eisen und Co. Proz. Lediglich die Gruppe Häute, Felle erhält eine Erhöhung (+ 1,8 Proz.), obwohl hier zu verzeichnen hatten.

Um die Regierungsbildung

Berlin, 27. Mai. (Sig. Dr. Roth.) Nachdem die Antwort der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei am Montagabend überbracht war, traten die Führer der Mittelparteien gegen 9 Uhr abends erneut zu einer Besprechung zusammen, an der auch der Reichsämbler und die Minister Dr. Stresemann und Hamm teilnahmen. Die Besprechung war nur kurz. Es wurde beschlossen, die außenpolitischen Richtlinien der Mittelparteien der Öffentlichkeit zu übergeben (Siehe 1. Seite der heutigen Nummer. D. Red.). Um die Antwort der Deutschnationalen gegenüberzustellen und dem Volke selbst einen Einblick in den Gang der Verhandlungen zu gewähren. Die Veröffentlichung soll als Antwort an die Deutschnationalen gelten. Die Verhandlungen der Mittelparteien mit den Deutschnationalen sollen so gut wie abgebrochen betrachtet werden.

Forderungen der Zentrumspartei

Berlin, 28. Mai. (Sig. Dr. Roth.) Die Berliner Presse widmet der Frage der Neubildung der Regierung nur ganz spärliche Betrachtungen. Auffallend zurückhaltend sind die Deutschnationalen Blätter, die sich ausschließlich auf die Wiedergabe von Dokumenten über die am Montag geführten Parteiverhandlungen beziehen und auf jeden Kommentar über den Rücktritt der Regierung verzichten. Jedoch haben ihre Forderungen, mit der Regierungsbildung betraut zu werden, schon wesentlich nachgelassen. Besonders ist die Haltung des Zentrumspartei, der Germania, die am Dienstag morgen als einziges Berliner Blatt auf die Neubildung der Regierung in positiver Form eingeholt. Sie schreibt u. a.:

"Die Eröffnung, die die Deutschnationale Fraktion gefährt hat, ist alles andere als eine klare Beantwortung der gestellten Frage. Der Beschuß der Deutschen Volkspartei, der den Rücktritt der Regierung herbeiführte, hat, gibt auch der Zentrumspartei die volle Freiheit wieder. Im Zentrum gibt es niemand, der Deutschnationalen hätte, es gibt aber auch niemand, der Deutschnationalen anzuvertrauen oder sich ihrer Führung unterordnen werde. Die Beteiligung des Zentrums an der Regierungsbildung ist abhängig von dem politischen Programm, das diese Regierung vertritt. Auf große Versprechen von Führerpersönlichkeiten wird sich das Zentrum nicht einlassen. Wir wollen politische Klarheit und Konsequenz. Wechselt das eine nach das andre können wir bei einer Regierung mit deutschnationaler Führung vorwählen. Deshalb wird das Zentrum seine ganze Kraft dafür einsetzen müssen, daß die Führung bei der Witte bleibt und eine Regierung zu stande kommt, die die Weiterführung der bisherigen Außenpolitik garantiert."

Ein Vorstoß der Sozialdemokratie

Berlin, 27. Mai. (Sig. Dr. Roth.) Der Vorstand des sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat sich heute vermittelt mit der politischen Lage beschäftigt und folgenden Beschuß gefaßt: "Die Fraktion stellt fest, daß die bisherigen Verhandlungen mit den Deutschnationalen bereits zu einer empfindlichen Schwächung der außenpolitischen Stellung des Deutschen Reiches geführt haben. Sie sieht in der schnellen Durchführung des Sachverständigenrats den einzigen möglichen Weg zur Befreiung der Macht, zur Befriedung Europas und zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Sicherheiten, damit zur Sicherung der Wirtschaft und Kreditwesen und zur Vermeidung neuer ungebührer Arbeitslosigkeit. Sie fordert daher von jeder Regierung die Fortführung einer Außenpolitik auf Grundlage der Durchführung des Gutachtens unter sozial gerechter Verteilung der Kosten. Sie will jede Regierung belämmern, deren Außenpolitik durch Vergesetzung oder Zweckwidrigkeiten Deutschland einer Katastrophen entgegenführen würde."

Der Dollar 4,19

Berlin, 27. Mai. (Amtlich.) Notierungen in Goldmark

	27. 5.	27. 5.	26. 5.	26. 5.
	Bieg. Gold	Bieg. Gold	Bieg. Gold	Bieg. Gold
Switzerland	100 Gulden 10	157,51	158,29	157,51
Eugenios Kires	1 Busto	1,865	1,875	1,865
Norwegen	100 Kronen	58,25	58,85	58,45
Dänemark	100 Kronen	71,19	71,28	71,19
Schweden	100 Kronen	111,52	112,08	111,72
Helsingtors	100 finn. Kr.	10,52	10,58	10,52
Belgien	100 Franc	18,55	18,65	19,75
Italien	100 Lire	18,65	18,75	18,71
London	1 Pfund			

Herbststaffel durch Dresden

mit Durchschwimmen der Elbe (Weißeritzmündung)

Das Reichsministerium hat angeordnet,
daß vom 15. Juni 1924 an jährlich Deinen hier in der
Gemeinde Riesa auszuhaltende Bogen mit
angebrachte Siegelabzeichen werden dürfen.
Dresden, 11. Mai 1924.

P. L. 142. Die Amtshauptmannschaft. 15178

Einladung zur Protestversammlung

der Dresdner Beamten-
und Lehrerschaft

Mittwoch den 28. Mai 1924, abends 7 Uhr
(Eintritt von 6½ Uhr an)
im großen Volkssaalbau, Elbe, Trantengasse.

Tagessordnung:

Stellungnahme zu der neuen Geholddungs-
regelung.

Alleminnen und Kollegen! Es gilt Stellung
zu nehmen zu der völlig ungerechten Ge-
holddungsneuregelung. Erleidet besteht im Maßen
und kostet dadurch für eine machtbare Aus-
gebung.

Dresden, den 27. Mai 1924.

Ortskartei Dresden des Deutschen

Beamtenbundes.

Krammer, 1. Vorsitzender.

NB. Gleich nur gegen Vorreitung des Beamten-
Begehrungsbausatzes.

18539

Wir sagen hierdurch allen, die uns
durch Wort, Schrift und Blumenposten
wie Gefang und Mutter zu unserer Silbers
feier so überreicht und erfreut haben,

herzlichsten Dank.

Schmiedeberg, Das. Dresden.

den 24. Mai 1924

Hans Ittner u. Frau.

Für die überaus zahlreichen Beweise herz-
licher Teilnahme bei der Verabschiedung meines
verstorbene Mannes, unseres Bruders,
Schwagers und Onkels

Herrn Franz Pietsch

Segnen wir allen Verwandten, Freunden und
bekannten den

herzlichsten Dank

Deutscher Dom der Sängern, den Mit-
arbeiter der Stema Seidel & Raumann für
die freiwillige Leistung und lege Gefest, den
Bewerben und kleinen Vorwürfen, den
Barren und den kleinen Vorwürfen, den
Mann, der die außerordentliche Liebe bei der Übere-
instimmung zwischen Mann und Familie schuf und
seine unerschöpfliche Dank sowie dem
Guten Worte für die trostreichen Worte
am Tische.

Dresden-Briesnitz, den 27. Mai 1924.

In diesem Schmerz. (18318)

Die trauernde Gattin und Angehörige.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Dresden.

Sonntag abend 7 Uhr verstarb unerwartet am Herabfallen
unter treuer Freund und Kollege, der 2. Kassierer unserer Ver-
waltungsstelle.

Emil Schmidt

Er hat in 52jähriger Tätigkeit in der Dresdner Verwaltungsstelle
und momentan während seiner 19jährigen Tätigkeit als
unter Angestellter seine ganze Kräfte für den Dienst der Organisation
gestellt und ist hierbei stets das volle Vertrauen und die
Grunderhaltung seines Kreises unserer Mitgliedschaft erworben. Wir
werden ihm allezeit ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Eindämmung erfolgt Freitag den 30. Mai, nachmittags
4 Uhr, im Krematorium in Tolkewitz.
Viele Beteiligung wird erwartet. Die Ortsverwaltung.

Todesanzeige.

Sonntag abend 7 Uhr verstarb mein lieber, guter Mann, Ver-
bandsbeamter

Emil Schmidt

Im Alter von 51 Jahren infolge Herzschwäche.
Die Eindämmung erfolgt am Freitag den 30. Mai, nachmittags

4 Uhr, im Krematorium in Tolkewitz.
Viele Beteiligung werden dankend abgelehnt.

Dresden-N. Löbtau-Straße 52, den 26. Mai 1924.

Lina Schmidt als trauernde Gattin

zusätzlich namens der übrigen Hinterbliebenen.

Gemüse- u. Blumenpflanzen

Fröhliche Tomatenpflanzen mit Topfblättern

Für Balkon, Veranden, Dach und Fensterläden: Katharina-
Garten-Pflanzen in blau, weiß und rot. Weißrosen, gelbe
Gänse, Winden, Blüten, Rosen und viele Kreuze, Grünblätter
(Gesamtoberteile)

Bestellbare Sorten in Blum- und Stangen-Söhnen, Gurkenpflanzen,
Rübenpflanzen, Stockwurzel und mehr

Moritz Bergmann, Dresden

Samen- und Pflanzenshandlung

Wallstraße 9 Bremen 14148 Kämmelstraße 31

Sonne 1-4 bis Herbst

Sund-Gemüseblätter . 50. 40

Gemüseblätter . 50. 20

Sund mit Gemüse . 50. 80

Wasser-Rucb

Wasser-Rucb, Böhlauer Straße 100

Wasser-Rucb, Böhlauer Straße

Die Betriebsvertrauensleute können ab Mittwoch, nachmittags, die Flugblätter die am Freitag und Sonnabend in den Betrieben verteilt werden sollen, im Sekretariat holen.

Flugblattverbreitung.

Sachsen

Die Kultusgemeinschaft

Kutschgeneral Maerder, Exzellenz Heinz, Dr. Hoff,
Kultusminister Kaiser

Uns wird geschrieben:

agr. Die deutsche Presse brachte bekanntlich vor einiger Zeit die Nachricht von der Gründung des sogenannten "Nationalen Klubs Sachsen". Tatsächlich handelt es sich hier nicht um eine Neugründung. Die Gründungsversammlung hat vielmehr bereits am 21. Oktober 1921 stattgefunden und der Gründungsausschuss setzte und setzt sich aus folgenden mehr oder weniger reaktionären Persönlichkeiten zusammen: Vergret Sjdam, Patentamt Dr. Landesstroener, Dr. Weise, Redakteur a. Dr. Koehlmann, Kapitänleutnant Krause, Stadtpräsident A. Höhne, Sanitätsrat Dr. Hoff, Justizrat Dr. Müller, Hauptmann Dreßel als Vorsitzender fungierte bis in die jüngste Zeit der Sozialisten- und Judentreuer Generalleutnant Dr. Stolzmann und als dessen Stellvertreter Vergret Willi Sjdam. Dieser Club gehört — neben anderen Volksparteien, von denen noch zu sprechen sein wird — auch der jüdische Kultusminister der sozialistischen Koalitionsregierung Herr Dr. Kaiser an. Kaiser war seinerzeit sogar vorwiegend für den Club tätig und arbeitete beispielweise an dem Statut mit, in dem unter anderem der schöne Satz steht: "Der Club hat das Recht, überall in Sachsen Zweigstellen zu errichten (1). Zweit: Stärkung des nationalen Gedankens als erste Grundbedingung für den Wiederaufbau Deutschlands." Dr. Kaiser plädierte damals auch dafür, dass in den Sitzungen folgender Passus aufgenommen wurde: "Neben die Aufnahme neuer Mitglieder beschließt der Vorstand durch Abstimmung (1) Abstimmung." Man wollte von vornherein unterschreiben und das Einbringen "unzulässiger" Personen verhindern. Das heißt wohl, dass man sich die Republikaner fernhalten wollte; denn von der andern Richtung ist doch General Maerder mit offenen Armen aufgenommen worden. Nach vielerlei Rämpfen und Wirren wurde damals unter der Regie des Herrn Kaiser der genannte Vorstand gewählt. Dr. Heine trat dem Club erst im April d. J. als Mitglied bei und wurde einige Wochen darauf zum Vorsitzenden gewählt.

Die Persönlichkeiten dieses Clubs sind neben Kaiser also auch Reaktionäre von dem Format des Generals Maerder, der nebenbei Vorsitzender des "Stahlhelm" ist und beim Kapp-Putsch eine mehr als zweifelhafte Rolle spielte, des Stifters von Sachsen, Dr. Heine, der in seinem Kreis bekanntlich als "Meister Sachsen" bezeichnet wird und Dr. Hoff, der sich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Dresdner oberlandesgerichtlichen Verbände einen gewissen Ruf verschafft hat durch seinen Kampf gegen die "marginalischen Feierstage" und als Organisator des nationalsozialistischen Kundgebungsumtreises in Sachsen, gegen den auch die Koalitionsregierung bereit einschreiten musste. Diese "Vereinigten Vater-Landesverbände" haben erst kürzlich unter dem Vorstand des Kultusministers, des Herrn Volksbildungsmasters Dr. Kaiser eine Entscheidung gegen das "Dawes-Gutachten" angenommen und für Ablehnung des Sachverständigungsausschusses plädiert.

Das Klubheim befindet sich in der ehemaligen Badersteins Villa in der Tiergartenstraße. Besitzer dieser Villa ist der jüdische Jude Eisner, ein Schwiegersohn des Kommerzienrats Windfuß, durch dessen Vermittlung die Villa dem Verband der Sächsischen Industriellen angeboten wurde. Möglicherweise ist dies der immer fühlbarer werdende Wohnungsmangel, als Mietter der "Rationale Club Sachsen" auf und braucht die Räume so dringend und so schnell, dass die dort bisher wohnenden Untermieter schleunigst räumen müssen. Vielleicht gibt das Wohnungsmärt darüber Auskunft, wie das möglich war. Es muss ein Anlass für Götter gewesen sein, als die wütenden Antisemiten Maerder und Hoff dem früheren Juden Eisner, der sich als reizvoller Künstler gezeichnet, für Überlassung der Villa herzlich dankend die Hand drückten...

Gaufragen im Ausschuss

Der Haushaltsausschuss B des sächsischen Landtags beriet gestern unter anderem über die Zusammenlegung der Schulbezirke Dresden 2 und 3 und Blauen 1 und 2. Der Kultusminister trat für die Zusammenlegung ein, weil die Schule in diesen Bezirken nicht wissen, was sie zu tun hätten und aufpassen müssten, dass sie sich nicht gegenseitig unterstören. Die Redner der Demokraten und der sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit wiesen demgegenüber darauf hin, dass sich die Arbeit der Schulräte nicht mit der Verwaltungsbereich erschöpfen sollte, wie der Minister annimmt, sondern dass sie sich besonders der Förderung der Lehrerbildung und dem Aufbau des Schulwesens namentlich auf dem Lande zu widmen hätten. Die Zusammenlegung wurde beschlossen gegen die Stimmen der Fraktionsmehrheit der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Demokraten. Einen

52 Der Eindringling

Ein spanischer Geistesroman von Blasco Ibáñez
Copyright by Emil Felber, Berlin

Die Dienstmädchen, die mit dem Henkelkorb am Arm über den Arealen gingen nach der Markthalle von San Anton und die Dorfweiber, die mit Gemüse, Milch und Eiern zur Stadt kamen, wandten sich um und schauten nach der Sendejahrbahn, als sie das Läufstößel eines Automobils vernahmen. Der Wagen fuhr wie ein Blitz über den weiten Platz und verschwand über die Brücke hinweg in die Neustadt.

Die aus Bilbao waren, erkannten die Gemahlin und die Tochter Sanchez Morueta. Beide sahen hinter dem fremdländisch aussehenden, eine breite Mütze tragenden Chauffeur und waren schwatzgekleidet, mit Spikenmantillen, die ihnen beinahe die Augen verdeckten.

Die Dienstmädchen stießen die Köpfe zusammen und machten Kommentare. Diese steinreichen Damen standen noch früher auf als sie. Sie gingen wahrscheinlich zur Beichte in die Jesuitenkirche. Dorthin gingen alle vornehmen Leute zu den Jesuitenvatertag.

Der Motorwagen bezeichnete noch seine Fahrt durch die breiten, zu jenen Stunden menschenleeren Straßen des Ensembles und hielt auf einmal zwischen den zahlreichen Equiswagen, die vor der Kirche zum Heiligen Herzen standen, einem Wunderwerk der reinsten Konstruktion-Architektur, worin das Weisse der Spiegelungen sich scheinlich mit dem Rosarot der Männer vermischte.

Donja Christine betrat diese Kirche nie, ohne einen Spiegel des Wohlseins zu empfinden. Sie hatte dabei denselben Genuss, als ob sie einen eleganten Salon betreten hätte, und wenn sie ohne Anstrengung in einer beinahe wollüstigen Zufriedenheit und ohne lästige Verführungen man die ewige Ewigkeit erlangte.

Auger mehr bewunderte sie die Weisheit der guten Frau, die bei der Betrachtung der Ausstattung des Tempels. Sie war gotischen Stils, aber er bezog nicht die graue Einheitlichkeit, die katholische Hochheit der alten Kathedralen; bunte Farben machten das geometrische Gefüge des Steins gehässiger; die Rövennecke des Gewölbes und das Vierengewölbe der Pfeiler troffen förmlich von Gold und Zinnher; die Bessöbde war himmelblau mit eingestreuten goldenen Sternen, wie die Decke eines Theaters. Diese Schönheit, so

"großen Erfolg" erzielten die Deutschen mit ihrem Antrag, der die Rückführung von Geldern forderte, "die durch Erwerblosen von Privaten erprecht worden sind". Die Regierung erklärt, dass die damaligen Erscheinungen lediglich auf die Inflation zurückzuführen seien, dass von erprechten Geldern keine Rede sein könne, und dass derartige Dinge am besten verhindert werden durch Erhöhung der Erwerblosenunterstützung. Die Deutschen gaben schließlich zu, dass mit ihrem Antrag heute nicht mehr viel zu machen sei. Der Ausschuss beschloss daher, den Antrag für erledigt zu erklären.

Bei der Beratung über die Ausgaben für höhere Schulen wurde von unserer Seite darauf hingewiesen, dass die einzelnen Posten nicht im rechten Verhältnis zu den Kosten für das Volksschulwesen stehen. Der Staat gebe an Beihilfen für die 150 höheren Schulen einen Betrag in Höhe von 150 000 R., während er für die ungefähr 2000 Volksschulen nur 900 000 R. zur Verfügung stellt. Interessant war die Feststellung von Regierungsseite, dass der Ansturm zur höheren Schule kein gesunder sei. Die vermehrten Anmeldungen seien auch dadurch zu erklären, dass viele Menschen sich für die höheren Berufe vorbereiten wollen. Damit blieb wohl die Debatte gegen die Volksschule in Sachsen ein gewichtiges Argument genommen sein. Weiter wurde von Regierungsseite zugesehen, dass die Anforderungen an die Hörer der höheren Schulen, erheblich zurückgeschraubt worden wären. Bei den häufigen Aufnahmeprüfungen sollen gemischte Auschüsse, bestehend aus Lehrern der Volks- und der höheren Schulen, idig sein. Auf eine Anfrage von unserer Seite, ob die Verordnung, betreffend das Verbot über das Tragen der Dolchkreuze der Schüler noch in Kraft sei, wurde von der Regierung bejaht. Außer einem Fall in Blauen seien im letzten halben Jahr der Regierung keine Klagen zu Ohren gekommen. Der Deutschen Aller forderte, dass sich die Regierung um die Gefügung der Schüler nicht kümmern solle. Die Abstimmung über die Landeschule, die bekanntlich ein Opfer der Münchner Infanterieschule werden soll, wurde verzögert. Von allen Rednern wurde betont, dass die Regierung alles daran setzen müsse, die Landeschule Sachsen zu erhalten.

Lichtblick in Sachsen

Nach der letzten amtlichen Berechnung der Wahlstimmen hat die Sozialdemokratie im Reich bei der Reichstagswahl gegenüber der Stimmenzahl, die USPD und SPD am 6. Juni 1920 zusammen erhielten, einen Stimmenverlust von 46,23 Prozent zu verzeichnen. Die Tatsache, dass der Verlust in Sachsen nur 30 Prozent beträgt, zeigt, wie weit Sachsen über dem Reichsdurchschnitt steht, zeigt, dass die sächsische Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf verhältnismäßig am besten abgeschnitten hat. Mit dem Ergebnis der deutschen Wahlen beschäftigt sich auch die Wiener Arbeiterzeitung, die dabei (am 17. Mai) unter der Überschrift "Lichtblick in Sachsen" u. a. schreibt:

In diesem düsteren Silbe in Sachsen ein fröhlicher Lichtblick. Die Sozialdemokratie ist freilich im grünweisen Freistaat auch nicht vor dem allgemeinen Rückgang bewahrt geblieben. Auch hier hat sie den Niedergang seit ihrer Triumphanten 1920 zu verzeichnen. Die Tatsache, dass der Verlust in Sachsen nur 30 Prozent beträgt, zeigt, wie weit Sachsen über dem Reichsdurchschnitt steht, zeigt, dass die sächsische Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf verhältnismäßig am besten abgeschnitten hat. Mit dem Ergebnis der deutschen Wahlen beschäftigt sich auch die Wiener Arbeiterzeitung, die dabei (am 17. Mai) unter der Überschrift "Lichtblick in Sachsen" u. a. schreibt:

In diesem düsteren Silbe in Sachsen ein fröhlicher Lichtblick. Die Sozialdemokratie ist freilich im grünweisen Freistaat auch nicht vor dem allgemeinen Rückgang bewahrt geblieben. Auch hier hat sie den Niedergang seit ihrer Triumphanten 1920 zu verzeichnen. Die Tatsache, dass der Verlust in Sachsen nur 30 Prozent beträgt, zeigt, wie weit Sachsen über dem Reichsdurchschnitt steht, zeigt, dass die sächsische Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf verhältnismäßig am besten abgeschnitten hat. Mit dem Ergebnis der deutschen Wahlen beschäftigt sich auch die Wiener Arbeiterzeitung, die dabei (am 17. Mai) unter der Überschrift "Lichtblick in Sachsen" u. a. schreibt:

In diesem düsteren Silbe in Sachsen ein fröhlicher Lichtblick. Die Sozialdemokratie ist freilich im grünweisen Freistaat auch nicht vor dem allgemeinen Rückgang bewahrt geblieben. Auch hier hat sie den Niedergang seit ihrer Triumphanten 1920 zu verzeichnen. Die Tatsache, dass der Verlust in Sachsen nur 30 Prozent beträgt, zeigt, wie weit Sachsen über dem Reichsdurchschnitt steht, zeigt, dass die sächsische Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf verhältnismäßig am besten abgeschnitten hat. Mit dem Ergebnis der deutschen Wahlen beschäftigt sich auch die Wiener Arbeiterzeitung, die dabei (am 17. Mai) unter der Überschrift "Lichtblick in Sachsen" u. a. schreibt:

In diesem düsteren Silbe in Sachsen ein fröhlicher Lichtblick. Die Sozialdemokratie ist freilich im grünweisen Freistaat auch nicht vor dem allgemeinen Rückgang bewahrt geblieben. Auch hier hat sie den Niedergang seit ihrer Triumphanten 1920 zu verzeichnen. Die Tatsache, dass der Verlust in Sachsen nur 30 Prozent beträgt, zeigt, wie weit Sachsen über dem Reichsdurchschnitt steht, zeigt, dass die sächsische Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf verhältnismäßig am besten abgeschnitten hat. Mit dem Ergebnis der deutschen Wahlen beschäftigt sich auch die Wiener Arbeiterzeitung, die dabei (am 17. Mai) unter der Überschrift "Lichtblick in Sachsen" u. a. schreibt:

In diesem düsteren Silbe in Sachsen ein fröhlicher Lichtblick. Die Sozialdemokratie ist freilich im grünweisen Freistaat auch nicht vor dem allgemeinen Rückgang bewahrt geblieben. Auch hier hat sie den Niedergang seit ihrer Triumphanten 1920 zu verzeichnen. Die Tatsache, dass der Verlust in Sachsen nur 30 Prozent beträgt, zeigt, wie weit Sachsen über dem Reichsdurchschnitt steht, zeigt, dass die sächsische Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf verhältnismäßig am besten abgeschnitten hat. Mit dem Ergebnis der deutschen Wahlen beschäftigt sich auch die Wiener Arbeiterzeitung, die dabei (am 17. Mai) unter der Überschrift "Lichtblick in Sachsen" u. a. schreibt:

In diesem düsteren Silbe in Sachsen ein fröhlicher Lichtblick. Die Sozialdemokratie ist freilich im grünweisen Freistaat auch nicht vor dem allgemeinen Rückgang bewahrt geblieben. Auch hier hat sie den Niedergang seit ihrer Triumphanten 1920 zu verzeichnen. Die Tatsache, dass der Verlust in Sachsen nur 30 Prozent beträgt, zeigt, wie weit Sachsen über dem Reichsdurchschnitt steht, zeigt, dass die sächsische Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf verhältnismäßig am besten abgeschnitten hat. Mit dem Ergebnis der deutschen Wahlen beschäftigt sich auch die Wiener Arbeiterzeitung, die dabei (am 17. Mai) unter der Überschrift "Lichtblick in Sachsen" u. a. schreibt:

In diesem düsteren Silbe in Sachsen ein fröhlicher Lichtblick. Die Sozialdemokratie ist freilich im grünweisen Freistaat auch nicht vor dem allgemeinen Rückgang bewahrt geblieben. Auch hier hat sie den Niedergang seit ihrer Triumphanten 1920 zu verzeichnen. Die Tatsache, dass der Verlust in Sachsen nur 30 Prozent beträgt, zeigt, wie weit Sachsen über dem Reichsdurchschnitt steht, zeigt, dass die sächsische Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf verhältnismäßig am besten abgeschnitten hat. Mit dem Ergebnis der deutschen Wahlen beschäftigt sich auch die Wiener Arbeiterzeitung, die dabei (am 17. Mai) unter der Überschrift "Lichtblick in Sachsen" u. a. schreibt:

In diesem düsteren Silbe in Sachsen ein fröhlicher Lichtblick. Die Sozialdemokratie ist freilich im grünweisen Freistaat auch nicht vor dem allgemeinen Rückgang bewahrt geblieben. Auch hier hat sie den Niedergang seit ihrer Triumphanten 1920 zu verzeichnen. Die Tatsache, dass der Verlust in Sachsen nur 30 Prozent beträgt, zeigt, wie weit Sachsen über dem Reichsdurchschnitt steht, zeigt, dass die sächsische Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf verhältnismäßig am besten abgeschnitten hat. Mit dem Ergebnis der deutschen Wahlen beschäftigt sich auch die Wiener Arbeiterzeitung, die dabei (am 17. Mai) unter der Überschrift "Lichtblick in Sachsen" u. a. schreibt:

In diesem düsteren Silbe in Sachsen ein fröhlicher Lichtblick. Die Sozialdemokratie ist freilich im grünweisen Freistaat auch nicht vor dem allgemeinen Rückgang bewahrt geblieben. Auch hier hat sie den Niedergang seit ihrer Triumphanten 1920 zu verzeichnen. Die Tatsache, dass der Verlust in Sachsen nur 30 Prozent beträgt, zeigt, wie weit Sachsen über dem Reichsdurchschnitt steht, zeigt, dass die sächsische Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf verhältnismäßig am besten abgeschnitten hat. Mit dem Ergebnis der deutschen Wahlen beschäftigt sich auch die Wiener Arbeiterzeitung, die dabei (am 17. Mai) unter der Überschrift "Lichtblick in Sachsen" u. a. schreibt:

In diesem düsteren Silbe in Sachsen ein fröhlicher Lichtblick. Die Sozialdemokratie ist freilich im grünweisen Freistaat auch nicht vor dem allgemeinen Rückgang bewahrt geblieben. Auch hier hat sie den Niedergang seit ihrer Triumphanten 1920 zu verzeichnen. Die Tatsache, dass der Verlust in Sachsen nur 30 Prozent beträgt, zeigt, wie weit Sachsen über dem Reichsdurchschnitt steht, zeigt, dass die sächsische Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf verhältnismäßig am besten abgeschnitten hat. Mit dem Ergebnis der deutschen Wahlen beschäftigt sich auch die Wiener Arbeiterzeitung, die dabei (am 17. Mai) unter der Überschrift "Lichtblick in Sachsen" u. a. schreibt:

In diesem düsteren Silbe in Sachsen ein fröhlicher Lichtblick. Die Sozialdemokratie ist freilich im grünweisen Freistaat auch nicht vor dem allgemeinen Rückgang bewahrt geblieben. Auch hier hat sie den Niedergang seit ihrer Triumphanten 1920 zu verzeichnen. Die Tatsache, dass der Verlust in Sachsen nur 30 Prozent beträgt, zeigt, wie weit Sachsen über dem Reichsdurchschnitt steht, zeigt, dass die sächsische Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf verhältnismäßig am besten abgeschnitten hat. Mit dem Ergebnis der deutschen Wahlen beschäftigt sich auch die Wiener Arbeiterzeitung, die dabei (am 17. Mai) unter der Überschrift "Lichtblick in Sachsen" u. a. schreibt:

In diesem düsteren Silbe in Sachsen ein fröhlicher Lichtblick. Die Sozialdemokratie ist freilich im grünweisen Freistaat auch nicht vor dem allgemeinen Rückgang bewahrt geblieben. Auch hier hat sie den Niedergang seit ihrer Triumphanten 1920 zu verzeichnen. Die Tatsache, dass der Verlust in Sachsen nur 30 Prozent beträgt, zeigt, wie weit Sachsen über dem Reichsdurchschnitt steht, zeigt, dass die sächsische Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf verhältnismäßig am besten abgeschnitten hat. Mit dem Ergebnis der deutschen Wahlen beschäftigt sich auch die Wiener Arbeiterzeitung, die dabei (am 17. Mai) unter der Überschrift "Lichtblick in Sachsen" u. a. schreibt:

In diesem düsteren Silbe in Sachsen ein fröhlicher Lichtblick. Die Sozialdemokratie ist freilich im grünweisen Freistaat auch nicht vor dem allgemeinen Rückgang bewahrt geblieben. Auch hier hat sie den Niedergang seit ihrer Triumphanten 1920 zu verzeichnen. Die Tatsache, dass der Verlust in Sachsen nur 30 Prozent beträgt, zeigt, wie weit Sachsen über dem Reichsdurchschnitt steht, zeigt, dass die sächsische Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf verhältnismäßig am besten abgeschnitten hat. Mit dem Ergebnis der deutschen Wahlen beschäftigt sich auch die Wiener Arbeiterzeitung, die dabei (am 17. Mai) unter der Überschrift "Lichtblick in Sachsen" u. a. schreibt:

In diesem düsteren Silbe in Sachsen ein fröhlicher Lichtblick. Die Sozialdemokratie ist freilich im grünweisen Freistaat auch nicht vor dem allgemeinen Rückgang bewahrt geblieben. Auch hier hat sie den Niedergang seit ihrer Triumphanten 1920 zu verzeichnen. Die Tatsache, dass der Verlust in Sachsen nur 30 Prozent beträgt, zeigt, wie weit Sachsen über dem Reichsdurchschnitt steht, zeigt, dass die sächsische Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf verhältnismäßig am besten abgeschnitten hat. Mit dem Ergebnis der deutschen Wahlen beschäftigt sich auch die Wiener Arbeiterzeitung, die dabei (am 17. Mai) unter der Überschrift "Lichtblick in Sachsen" u. a. schreibt:

In diesem düsteren Silbe in Sachsen ein fröhlicher Lichtblick. Die Sozialdemokratie ist freilich im grünweisen Freistaat auch nicht vor dem allgemeinen Rückgang bewahrt geblieben. Auch hier hat sie den Niedergang seit ihrer Triumphanten 1920 zu verzeichnen. Die Tatsache, dass der Verlust in Sachsen nur 30 Prozent beträgt, zeigt, wie weit Sachsen über dem Reichsdurchschnitt steht, zeigt, dass die sächsische Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf verhältnismäßig am besten abgeschnitten hat. Mit dem Ergebnis der deutschen Wahlen beschäftigt sich auch die Wiener Arbeiterzeitung, die dabei (am 17. Mai) unter der Überschrift "Lichtblick in Sachsen" u. a. schreibt:

In diesem düsteren Silbe in Sachsen ein fröhlicher Lichtblick. Die Sozialdemokratie ist freilich im grünweisen Freistaat auch nicht vor dem allgemeinen Rückgang bewahrt geblieben. Auch hier hat sie den Niedergang seit ihrer Triumphanten 1920 zu verzeichnen. Die Tatsache, dass der Verlust in Sachsen nur 30 Prozent beträgt, zeigt, wie weit Sachsen über dem Reichsdurchschnitt steht, zeigt, dass die sächsische Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf verhältnismäßig am besten abgeschnitten hat. Mit dem Ergebnis der deutschen Wahlen beschäftigt sich auch die Wiener Arbeiterzeitung, die dabei (am 17. Mai) unter der Überschrift "Lichtblick in Sachsen" u. a. schreibt:

In diesem düsteren Silbe in Sachsen ein fröhlicher Lichtblick. Die Sozialdemokratie ist freilich im grünweisen Freistaat auch nicht vor dem allgemeinen Rückgang bewahrt geblieben. Auch hier hat sie den Niedergang seit ihrer Triumphanten 1920 zu verzeichnen. Die Tatsache, dass der Verlust in Sachsen nur 30 Prozent beträgt, zeigt, wie weit Sachsen über dem Reichsdurchschnitt steht, zeigt, dass die sächsische Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf verhältnismäßig am besten abgeschnitten hat. Mit dem Ergebnis der deutschen Wahlen beschäftigt sich auch die Wiener Arbeiterzeitung, die dabei (am 17. Mai) unter der Überschrift "Lichtblick in Sachsen" u. a. schreibt:

In diesem düsteren Silbe in Sachsen ein fröhlicher Lichtblick. Die Sozialdemokratie ist freilich im grünweisen Freistaat auch nicht vor dem allgemeinen Rückgang bewahrt geblieben. Auch hier hat sie den Niedergang seit ihrer Triumphanten 1920 zu verzeichnen. Die Tatsache, dass der Verlust in Sachsen nur 30 Prozent beträgt, zeigt, wie weit Sachsen über dem Reichsdurchschnitt steht, zeigt, dass die sächsische Sozialdemokratie in diesem Wahlkampf verhältnismäßig am besten abgeschnitten hat. Mit dem Ergebnis der deutschen Wahlen beschäftigt sich auch die Wiener

Die schulärztlichen Untersuchungen

Bürgerliche Gegnerschaft gegen einen früheren Ladenschluß

Stadtverordnetenitzung vom 26. Mai 1924

Da die Tagessitzung am letzten Donnerstag bei weitem aufgearbeitet werden konnte, mußte am Montag eine Sitzung ausgeschoben werden.

Von kommunistischer Seite lag ein Dringlichkeitsantrag auf Untersuchung der ausgesetzten polizeilichen Mitarbeiter. Bürgermeister Kohlmann (Danz. Sp.) sprach gegen die Dringlichkeit. Die Angelegenheit wäre für das Kollegium vollständig indiskutabel. Es handle sich um einen Einzelfall in wirtschaftlicher Beziehung und da seien die Stadtverordneten nicht zuständig. Die Dringlichkeit wurde mit 33 gegen 32 Stimmen der beiden Linksparteien abgelehnt.

Das Befolgschreiben der unteren Beamten

Entgegen einem Schluß des Stadtverordneten hat es der Rat abgelehnt, bei der Reichstagsitzung um Erörterung der Gehälter der Befolgschreiberinnen 1 bis 9 um 7 Uhr Ladenschluß einzufordern. Es handele sich um einen Einzelfall in wirtschaftlicher Beziehung und da seien die Stadtverordneten nicht zuständig. Die Dringlichkeit wurde mit 33 gegen 32 Stimmen der beiden Linksparteien abgelehnt.

Entgegen einem Schluß des Stadtverordneten hat es der Rat abgelehnt, bei der Reichstagsitzung um Erörterung der Gehälter der Befolgschreiberinnen 1 bis 9 um 7 Uhr Ladenschluß einzufordern. Es handele sich um einen Einzelfall in wirtschaftlicher Beziehung und da seien die Stadtverordneten nicht zuständig. Die Dringlichkeit wurde mit 33 gegen 32 Stimmen der beiden Linksparteien abgelehnt.

Stadt. Dr. Helm (Komm.) kritisierte den Vorschlag vor, den Rat zu erneut zu untersuchen, durch die zuständigen Stellen bei der Reichstagsitzung mit einem Nachdruck für eine beschleunigte Erhöhung der Gehälter der Beamten, Angestellten und Arbeiter einzutreten, insbesondere sich dafür einzufechten, daß den Beamten in den unteren Befolgschreibergruppen das unbedingt notwendige Erhöhungsmínimum gewährleistet wird.

Stadt. Dr. Helm (Komm.) kritisierte den Vorschlag vor, den Rat zu erneut zu untersuchen, durch die zuständigen Stellen bei der Reichstagsitzung mit einem Nachdruck für eine beschleunigte Erhöhung der Gehälter der Beamten, Angestellten und Arbeiter einzutreten, insbesondere sich dafür einzufechten, daß den Beamten in den unteren Befolgschreibergruppen das unbedingt notwendige Erhöhungsmínimum gewährleistet wird.

Genosse Robert Fischer beantragte auf Grund der völlig veränderten Situation eine nochmalige Verhandlung im Finanzausschuß.

Oberrabbiereiter Blücher betonte ebenfalls, daß auf dem Schluß der Befolgschreibung die Gemeinden überhaupt keine eigene Zuständigkeit mehr besitzen. Man müsse also abwarten, was Reich und Staat bestimmen. Es könne daher weder dem Antrag Helm noch dem Antrag Böttiger entsprochen werden.

Der Kommunist Schräppli wandte sich gegen eine nochmaliige Ausschubberatung, ohne indessen auch diese Gelegenheit nachzugehen zu lassen, sich in der üblichen Weise an unsern Geistlichen zu wenden.

Genosse Mösch: Im Ausschub ist anerkannt worden, daß der Antrag der Kommunisten unbrauchbar ist. Das trifft auch auf die vorliegende Form zu und deshalb muß die Sache nochmals im Ausschub besprochen werden.

Nach weiterer Debatte wurde mit großer Mehrheit die Rückverweisung an den Finanzausschuß beschlossen.

Für einen Empfang im Neuen Rathause anlässlich der am 31. Mai stattfindenden Eröffnung der Terrilausstellung wurden in einer Ratsvorlage 3000 Goldmark angefordert. Die Bewilligung erfolgte gegen die kommunistischen Stimmen.

Die Untersuchungen der Schulkindergarten

Der Rat hat beschlossen, die Teilnahme von Elternrats- und Kommissionsmitgliedern bei den schulärztlichen Untersuchungen und den Untersuchungen für Zwecke der Erholungsfürsorge abzulehnen, jedoch die Anwesenheit der Schulärzte in den Kommissionssitzungen zur Auswirkung der Kinder für die Erholungspflege zu fordern. Der Prüfungsausschluß empfahl, davon Kenntnis zu nehmen, jedoch den Rat zu erläutern, ob jenegegnerische Ergebnisse schulärztlicher Untersuchungen den Eltern angekündigt zur Kenntnis zu bringen und in Elternversammlungen mindestens jährlich über den allgemeinen Gesundheitszustand der Kinder durch Schulärzte Bericht eröffnen zu lassen.

Genosse Binfert erinnerte daran, daß am 22. November 1923 das Kollegium ein Kinderheilsurkunden im entgegengesetzten Sinne angenommen habe, daß die Sache aber vom Rat abgelehnt worden sei, wohl in der Hoffnung auf ein anderes Stadtverordnetenkollegium. Tatsächlich sei nun vom Rat versucht worden, eine seit zwei Jahren erprobte Einsichtnahme über den Dauerkarneval zu verhindern, obwohl der Jugendausschuß die Vorschläge der Kinderärztekommision und des Arbeitewohlfahrtsausschusses als die brauchbarsten bezeichnet habe. Die Eltern wollen zu allen schulärztlichen Untersuchungen zugriffen werden, ein Weg, der durchaus befürchtet werden könnte. Eine Versammlung der christlichen Elternräte habe dieselbe Forderung gestellt. Die Übermachung der Schüljugend sei nicht Aufgabe einer Verwaltung, sondern der Gesamtheit, und dazu gehört auch die Elternschaft. Wie die Untersuchungen vorgenommen werden, weiß man ja. Es sind keine Untersuchungen, sondern Musterungen. Wenn gelangt wird, die Kergoorganisation sei gegen die Anwesenheit der Kommissionsmitglieder bei den schulärztlichen Untersuchungen, so müsse doch auch darauf hingewiesen werden, daß ein Teil der Eltern nach wie vor die Kommissionsmitglieder hinzuziehe und besonders mit der Kinderärztekommision sehr gern arbeiten. Unter Gewissen forderte die Abstimmung der Ratsvorlage in ihrem ersten Teil und brachte dafür folgenden Antrag ein:

Die an jeder Schule befindenden Schulkommissionen sind zu den schulärztlichen Untersuchungen und den Untersuchungen für Zwecke der Erholungsfürsorge einzuziehen. Die Schulärzte sind verpflichtet, in den Kommissionssitzungen zur Auswahl der Kinder für die Erholungsfürsorge anwendend zu sein.

Genosse Dr. Deppe: Man solle die Anwesenheit der Kommissionsmitglieder doch nicht als eine Kontrollkommission auffassen, sondern als das Bestreben, der schulärztlichen Tätigkeit einen möglichst großen Erfolg zu sichern. In der Dienstkommission für Sonntagskinder sollte die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens mit den Vertretern der Elternschaft betont werden. Auf diese Weise könnte auch die hygienische Vollstreuung gefördert werden. Dr. Deppe trat für den Antrag Binferts ein und riefte weiter einen, unangemessen nicht genügend unterrichteten Kommissionsmitgliedern auf, die Erzielung eines wesentlichen Elternratssitzes zu den schulärztlichen Untersuchungen wieder auf.

Stadt. Dr. Matthies erklärte, von einer offiziellen Durchsetzung der Angelegenheit hinter die Stadtverordnetenabschüsse stände keine Rücksicht. Zwischen den Mietigen und den Straßen, die Binfert und Genossen vertreten, sei eine Einigung nicht möglich gewesen. Er sei bereit, den Weg der Einigung zu gehen. Es würde nichts übrig bleiben, als diese Kommissionen in irgendeiner Weise einzuführen.

Genosse Dr. Deppe: Man solle die Anwesenheit der Kommissionsmitglieder doch nicht als eine Kontrollkommission auf-

fassen, sondern als das Bestreben, der schulärztlichen Tätigkeit einen möglichst großen Erfolg zu sichern. In der Dienstkommission für Sonntagskinder sollte die Notwendigkeit des Zusammenarbeits mit den Vertretern der Elternschaft betont werden. Auf diese Weise könnte auch die hygienische Vollstreuung gefördert werden. Dr. Deppe trat für den Antrag Binferts ein und riefte weiter einen, unangemessen nicht genügend unterrichteten Kommissionsmitgliedern auf, die Erzielung eines wesentlichen Elternratssitzes zu den schulärztlichen Untersuchungen wieder auf.

Die Anträge Binfert und Deppe wurden von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt und darauf das Ausschlußgedanken zum Besluß erhoben.

Dann kam es noch zu einer Ausprache über die Ladenschlußfrage.

Die Stadtverordneten hatten nämlich vor langer Zeit den Rat ersucht, bei der Reichstagsitzung um Erörterung der Gehälter der Befolgschreiberinnen 1 bis 9 um 7 Uhr Ladenschluß anzuerufen. Der Rat hat aber beschlossen, von Witterungsuntersuchung der Angelegenheit abzusehen und das Ersuchen der Stadtverordneten als erledigt zu erachten. Der Ausschluß empfahl Kenntnisnahme vom Rechtsstreit, während ein kommunistisches Mindestheilsurkunden- und Schulschlüsselurkunden-Gesetz erarbeitet wird.

Der Demokrat Hirschfeld verzog den Standpunkt, daß auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und des Publikums Rücksicht zu nehmen werden müsse.

Genosse Binfertbusch stellte fest, daß das Ausschlußgedanken einem sozialdemokratischen Antrage entspricht, der vier Jahre lang durch die Ratsstühlen geschleppt und auf die Weise beschränkt worden sei.

Doch die auf der rechten Seite des Kollegiums sitzenden Kleinkinder und Kindergartenkinder von einem Schulschlüsselurkunden-Gesetz lehnen das Mindestheilsurkunden-Gesetz ab und verhassen dem Ausschlußgedanken zur Annahme.

Ein Antrag Binfert (Komm.), den südlichen Beamten, Angestellten und Arbeitern mit Hilfe eines Kapitals in Höhe von 30 Prozent des zum Bau von Wohnungen notwendigen Kapitals (in Form von vergünstigten Krediten) den Wohnungbau zu ermöglichen, wurde an dem Reichstagsdag verworfen.

Zum Schluß wurde noch in einem Dringlichkeitsantrage Befreiung der Megafall der Beherbergungsanstalt "Gärtnerwein" gefordert. Von Genossen Deuthold wurde die Ausschubberatung geobachtet, da ein Aushall von 400 000 M. für die südlichen Finanzen in Frage kommt, die bürgerliche Mehrheit aber bestehen, obgleich Bürgermeister Dr. Küller darauf aufmerksam gemacht, daß der Herausfall noch ein Defizit von 500 000 M. aufweist, die sofortige Annahme des Antrages forderte.

Genosse Robert Fischer beantragte auf Grund der völlig veränderten Situation eine nochmalige Verhandlung im Finanzausschuß.

Oberrabbiereiter Blücher betonte ebenfalls, daß auf dem Schluß der Befolgschreiberinnen die Gemeinden überhaupt keine eigene Zuständigkeit mehr besitzen. Man müsse also abwarten, was Reich und Staat bestimmen. Es könne daher weder dem Antrag Helm noch dem Antrag Böttiger entsprochen werden.

Genosse Mösch: Im Ausschub ist anerkannt worden, daß der Antrag der Kommunisten unbrauchbar ist. Das trifft auch auf die vorliegende Form zu und deshalb muß die Sache nochmals im Ausschub besprochen werden.

Nach weiterer Debatte wurde mit großer Mehrheit die Rückverweisung an den Finanzausschuß beschlossen.

Für einen Empfang im Neuen Rathause anlässlich der am 31. Mai stattfindenden Eröffnung der Terrilausstellung wurden in einer Ratsvorlage 3000 Goldmark angefordert. Die Bewilligung erfolgte gegen die kommunistischen Stimmen.

Die Untersuchungen der Schulkindergarten

Der Rat hat beschlossen, die Teilnahme von Eltern-

rats- und Kommissionsmitgliedern bei den schulärztlichen Untersuchungen und den Untersuchungen für Zwecke der Erholungsfürsorge abzulehnen, jedoch die Anwesenheit der Schulärzte in den Kommissionssitzungen zur Auswirkung der Kinder für die Erholungspflege zu fordern. Der Prüfungsausschluß empfahl, davon Kenntnis zu nehmen, jedoch den Rat zu erläutern, ob jenegegnerische Ergebnisse schulärztlicher Untersuchungen den Eltern angekündigt zur Kenntnis zu bringen und in Elternversammlungen mindestens jährlich über den allgemeinen Gesundheitszustand der Kinder durch Schulärzte Bericht eröffnen zu lassen.

Genosse Binfert erinnerte daran, daß am 22. November 1923 das Kollegium ein Kinderheilsurkunden im entgegengesetzten Sinne angenommen habe, daß die Sache aber vom Rat abgelehnt worden sei, wohl in der Hoffnung auf ein anderes Stadtverordnetenkollegium. Tatsächlich sei nun vom Rat versucht worden, eine seit zwei Jahren erprobte Einsichtnahme über den Dauerkarneval zu verhindern, obwohl der Jugendausschuß die Vorschläge der Kinderärztekommision und des Arbeitewohlfahrtsausschusses als die brauchbarsten bezeichnet habe. Die Eltern wollen zu allen schulärztlichen Untersuchungen zugriffen werden, ein Weg, der durchaus befürchtet werden könnte. Eine Versammlung der christlichen Elternräte habe dieselbe Forderung gestellt. Die Übermachung der Schüljugend sei nicht Aufgabe einer Verwaltung, sondern der Gesamtheit, und dazu gehört auch die Elternschaft. Wie die Untersuchungen vorgenommen werden, weiß man ja. Es sind keine Untersuchungen, sondern Musterungen. Wenn gelangt wird, die Kergoorganisation sei gegen die Anwesenheit der Kommissionsmitglieder bei den schulärztlichen Untersuchungen, so müsse doch auch darauf hingewiesen werden, daß ein Teil der Eltern nach wie vor die Kommissionsmitglieder hinzuziehe und besonders mit der Kinderärztekommision sehr gern arbeiten. Unter Gewissen forderte die Abstimmung der Ratsvorlage in ihrem ersten Teil und brachte dafür folgenden Antrag ein:

Die an jeder Schule befindenden Schulkommissionen sind zu den schulärztlichen Untersuchungen und den Untersuchungen für Zwecke der Erholungsfürsorge einzuziehen. Die Schulärzte sind verpflichtet, in den Kommissionssitzungen zur Auswahl der Kinder für die Erholungsfürsorge anwendend zu sein.

Genosse Dr. Deppe: Man solle die Anwesenheit der Kommissionsmitglieder doch nicht als eine Kontrollkommission auf-

fassen, sondern als das Bestreben, der schulärztlichen Tätigkeit einen möglichst großen Erfolg zu sichern. In der Dienstkommission für Sonntagskinder sollte die Notwendigkeit des Zusammenarbeits mit den Vertretern der Elternschaft betont werden. Auf diese Weise könnte auch die hygienische Vollstreuung gefördert werden. Dr. Deppe trat für den Antrag Binferts ein und riefte weiter einen, unangemessen nicht genügend unterrichteten Kommissionsmitgliedern auf, die Erzielung eines wesentlichen Elternratssitzes zu den schulärztlichen Untersuchungen wieder auf.

Stadt. Dr. Matthies erklärte, von einer offiziellen Durchsetzung der Angelegenheit hinter die Stadtverordnetenabschüsse stände keine Rücksicht. Zwischen den Mietigen und den Straßen, die Binfert und Genossen vertreten, sei eine Einigung nicht möglich gewesen. Er sei bereit, den Weg der Einigung zu gehen. Es würde nichts übrig bleiben, als diese Kommissionen in irgendeiner Weise einzuführen.

Genosse Dr. Deppe: Man solle die Anwesenheit der Kommissionsmitglieder doch nicht als eine Kontrollkommission auf-

fassen, sondern als das Bestreben, der schulärztlichen Tätigkeit einen möglichst großen Erfolg zu sichern. In der Dienstkommission für Sonntagskinder sollte die Notwendigkeit des Zusammenarbeits mit den Vertretern der Elternschaft betont werden. Auf diese Weise könnte auch die hygienische Vollstreuung gefördert werden. Dr. Deppe trat für den Antrag Binferts ein und riefte weiter einen, unangemessen nicht genügend unterrichteten Kommissionsmitgliedern auf, die Erzielung eines wesentlichen Elternratssitzes zu den schulärztlichen Untersuchungen wieder auf.

Stadt. Dr. Matthies erklärte, von einer offiziellen Durchsetzung der Angelegenheit hinter die Stadtverordnetenabschüsse stände keine Rücksicht. Zwischen den Mietigen und den Straßen, die Binfert und Genossen vertreten, sei eine Einigung nicht möglich gewesen. Er sei bereit, den Weg der Einigung zu gehen. Es würde nichts übrig bleiben, als diese Kommissionen in irgendeiner Weise einzuführen.

Genosse Dr. Deppe: Man solle die Anwesenheit der Kommissionsmitglieder doch nicht als eine Kontrollkommission auf-

fassen, sondern als das Bestreben, der schulärztlichen Tätigkeit einen möglichst großen Erfolg zu sichern. In der Dienstkommission für Sonntagskinder sollte die Notwendigkeit des Zusammenarbeits mit den Vertretern der Elternschaft betont werden. Auf diese Weise könnte auch die hygienische Vollstreuung gefördert werden. Dr. Deppe trat für den Antrag Binferts ein und riefte weiter einen, unangemessen nicht genügend unterrichteten Kommissionsmitgliedern auf, die Erzielung eines wesentlichen Elternratssitzes zu den schulärztlichen Untersuchungen wieder auf.

Stadt. Dr. Matthies erklärte, von einer offiziellen Durchsetzung der Angelegenheit hinter die Stadtverordnetenabschüsse stände keine Rücksicht. Zwischen den Mietigen und den Straßen, die Binfert und Genossen vertreten, sei eine Einigung nicht möglich gewesen. Er sei bereit, den Weg der Einigung zu gehen. Es würde nichts übrig bleiben, als diese Kommissionen in irgendeiner Weise einzuführen.

Genosse Dr. Deppe: Man solle die Anwesenheit der Kommissionsmitglieder doch nicht als eine Kontrollkommission auf-

fassen, sondern als das Bestreben, der schulärztlichen Tätigkeit einen möglichst großen Erfolg zu sichern. In der Dienstkommission für Sonntagskinder sollte die Notwendigkeit des Zusammenarbeits mit den Vertretern der Elternschaft betont werden. Auf diese Weise könnte auch die hygienische Vollstreuung gefördert werden. Dr. Deppe trat für den Antrag Binferts ein und riefte weiter einen, unangemessen nicht genügend unterrichteten Kommissionsmitgliedern auf, die Erzielung eines wesentlichen Elternratssitzes zu den schulärztlichen Untersuchungen wieder auf.

Stadt. Dr. Matthies erklärte, von einer offiziellen Durchsetzung der Angelegenheit hinter die Stadtverordnetenabschüsse stände keine Rücksicht. Zwischen den Mietigen und den Straßen, die Binfert und Genossen vertreten, sei eine Einigung nicht möglich gewesen. Er sei bereit, den Weg der Einigung zu gehen. Es würde nichts übrig bleiben, als diese Kommissionen in irgendeiner Weise einzuführen.

Genosse Dr. Deppe: Man solle die Anwesenheit der Kommissionsmitglieder doch nicht als eine Kontrollkommission auf-

fassen, sondern als das Bestreben, der schulärztlichen Tätigkeit einen möglichst großen Erfolg zu sichern. In der Dienstkommission für Sonntagskinder sollte die Notwendigkeit des Zusammenarbeits mit den Vertretern der Elternschaft betont werden. Auf diese Weise könnte auch die hygienische Vollstreuung gefördert werden. Dr. Deppe trat für den Antrag Binferts ein und riefte weiter einen, unangemessen nicht genügend unterrichteten Kommissionsmitgliedern auf, die Erzielung eines wesentlichen Elternratssitzes zu den schulärztlichen Untersuchungen wieder auf.

Stadt. Dr. Matthies erklärte, von einer offiziellen Durchsetzung der Angelegenheit hinter die Stadtverordnetenabschüsse stände keine Rücksicht. Zwischen den Mietigen und den Straßen, die Binfert und Genossen vertreten, sei eine Einigung nicht möglich gewesen. Er sei bereit, den Weg der Einigung zu gehen. Es würde nichts übrig bleiben, als diese Kommissionen in irgendeiner Weise einzuführen.

Genosse Dr. Deppe: Man solle die Anwesenheit der Kommissionsmitglieder doch nicht als eine Kontrollkommission auf-

fassen, sondern als das Bestreben, der schulärztlichen Tätigkeit einen möglichst großen Erfolg zu sichern. In der Dienstkommission für Sonntagskinder sollte die Notwendigkeit des Zusammenarbeits mit den Vertretern der Elternschaft betont werden. Auf diese Weise könnte auch die hygienische Vollstreuung gefördert werden. Dr. Deppe trat für den Antrag Binferts ein und riefte weiter einen, unangemessen nicht genügend unterrichteten Kommissionsmitgliedern auf, die Erzielung eines wesentlichen Elternratssitzes zu den schulärztlichen Untersuchungen wieder auf.

Stadt. Dr. Matthies erklärte, von einer offiziellen Durchsetzung der Angelegenheit hinter die Stadtverordnetenabschüsse stände keine Rücksicht. Zwischen den Mietigen und den Straßen, die Binfert und Genossen vertreten, sei eine Einigung nicht möglich gewesen. Er sei bereit, den Weg der Einigung zu gehen. Es würde nichts übrig bleiben, als diese Kommissionen in irgendeiner Weise einzuführen.

Genosse Dr. Deppe: Man solle die Anwesenheit der Kommissionsmitglieder doch nicht als eine Kontrollkommission auf-

fassen, sondern als das Bestreben, der schulärztlichen Tätigkeit einen möglichst großen Erfolg zu sichern. In der Dienstkommission für Sonntagskinder sollte die Notwendigkeit des Zusammenarbeits mit den Vertretern der Elternschaft betont werden. Auf diese Weise könnte auch die hygienische Vollstreuung gefördert werden. Dr. Deppe trat für den Antrag Binferts ein und riefte weiter einen, unangemessen nicht genügend unterrichteten Kommissionsmitgliedern auf, die Erzielung eines wesentlichen Elternratssitzes zu den schulärztlichen Untersuchungen wieder auf.

Gewerkschaftsbewegung

Gegen die Generalstreikhege

Ein Aufruf an die Bergleute Mitteldeutschlands
Mitteldeutschland erläutert folgenden Aufruf:

Kameraden des mitteldeutschen Bergbaus! Trotz aller Mißerfolge bei allen Konferenzen und Versammlungen, die die Kommunisten in den Bergbaureviere abhielten, versuchten sie fortgesetzt, die Kameraden für einen Generalstreik auszuputzen. Die sogenannte "Zentralkampfleitung", rüchtiger gefaßt, die Zentrale der Kommunistischen Partei, arbeitet sieberhaft, um die Kameraden von der Notwendigkeit und dem Erfolg eines Generalstreiks zu überzeugen. Manfred befindet sich in einem schweren wirtschaftlichen Krisenzustand, der Kalibergbau hat für mehr als die Hälfte der Belegschaften Feiertage eingelegt, im Baumwollenbergbau gibt es Tausende von Arbeitslosen. Jeder vernünftige Mensch weiß, daß ein Streik auf Zeit das schlimmste Ziel der Unternehmer ist. Tausende von Kameraden würden auf der Strecke bleiben. Das unermöliche Elend in den Familien der Arbeitslosen würde zweifellos bis zur Untragbarkeit gesteigert werden, während auf Erfolge für die Kameraden nicht zu rechnen ist. Kein vernünftiger Mensch aber führt Streits mit dem Ziel der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Beteiligten. Deshalb warnen wir die Kameraden vor Beteiligung an unsinnigen Versuchen, die den Arbeitgebern mit einer willkommenen Handbahn bieten, in der rücksichtslosen Weise gegen ihre Arbeiter vorgehen. Bissher haben die Kameraden ohne Ausnahme sich in mustergültiger Disziplin den Beschlüssen der Revierkonferenzen und den Anordnungen der Gewerkschaftsleitung gefügt. Für die Zukunft muss das ebenso sein. Neben alle Vorgänge im mitteldeutschen Bergbau haben nicht verantwortungslose, ihre Namen verschweigende "Kampfleiter", sondern die Revierkonferenzen der Verbände zu entscheiden. Wir fordern deshalb erneut auf, im Interesse der gesamten Belegschaft nur den Weisungen des Bergarbeiterverbandes und der Tariforganisation Folge zu leisten, jede parteipolitische Einmischung von welcher Seite sie auch komme.

Volkszeitung

unter allen Umständen strikte ablehnen. Um den Kampf um bessere Löhne und die Beseitigung der bestehenden Arbeitslosigkeit durchzuführen, ist die beste Antwort an die Arbeitgeber der Masseneintritt in die Gewerkschaften. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirksleitung Halle."

Lohnkampf der Gemeindearbeiter

Aus den am 16. Mai mit dem Arbeitgeberverband Sachsischer Gemeinden wegen Neuregelung der sozialen Gemeindearbeiterlöhne vom 18. Mai ab stattgefundenen Verhandlungen ging mit aller Deutlichkeit hervor, daß auch der Arbeitgeberverband der Gemeinden von bestem Geist erfüllt ist, wie alle Verbände der Industrie. Ein Pfennig Lohnsteigerung bedeutet 600 Millionen Goldmark jährliche Mehrbelastung hört man in dieser oder andern Form die Arbeitgeber klagen. Die Lohnforderungen der Gewerkschaften isolieren das deutsche Volk in die Seiten der Inflation zurück, heißt es aus der Rechtsopposition. Und der Arbeitgeberverband Sachsischer Gemeinden erklärte am 16. Mai, daß er von maßgebender Stelle sehr ernst gewarnt worden sei, Lohnsteigerungen zu bewilligen. Die Preise ziehen seit Monaten donnernd an und auf der andern Seite entwickelt sich im gleichen Maße ein immer größer werdender Widerstand gegen Lohnsteigerungen. Der Arbeitgeberverband Sachsischer Gemeinden macht keinerlei Angeklagte, sondern verzerrt sich zu der Meinung, daß den Arbeitnehmern in den Verhandlungen am 8. April 1924 zu weit eingegangen worden wäre und die Löhne jetzt den Verhältnissen entsprechen.

Die Bezirksbehörde mußte angrenzen werden. Sie tagte am 21. Mai unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Opp. Ein Schiedsspruch kam aufzutreten, der den Arbeitgeberinnen eine Lohnausgleich von 2 Pf. brachte, die Prozentsätze der jugendlichen Arbeitnehmer zu deren Eltern etwas veränderte und bestimmte, daß die zur Zeit gestiegenen Löhne bis zum 31. Mai in Gelung bleibten. Sind denn die Löhne der sächsischen Gemeindearbeiter tatsächlich so hoch, daß die seit der letzten Lohnregelung — die ebenfalls noch ungünstig war — gestiegenen Preise ohne Einfluss auf das Lohnentommen bleiben können? Eine Arbeiterin über 21 Jahre erhält pro Woche einen Lohnschlag von 12.00 M., ein verheirateter ungelehrter Arbeiter 17.90 M., und ein verheirateter Handwerker

einen solchen von 22.— M. Diese Löhne sollen den Preisverhältnissen entsprechen! Mit diesem Sachstand beschäftigte sich am Donnerstag eine Mitgliederversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, die von diesem Erste über die eigene traurige Lage getragen war und sich oft recht stürmisch gegen den Versuch der Vertreter des Arbeitgeberverbandes, bevor alles menschliche Empfinden abgelenkt wurde, aussprach. Die durch Erwähnung der noch vorhandenen beruflichen Schlichtungsstelle vergebende Zeit ließ es der Versammlung gelingen, um baldige neue Verhandlungen zu kommen, den Spruch unter sich auf diesem Protest einzugehen, mit dem Antrage auf sofortige Aufnahme neuer Lohnverhandlungen. Sollte der Arbeitgeberverband anlässlich der neuen Verhandlungen denselben reaktionären Standpunkt erbliden lassen, wortet die Arbeiterchaft schon heute die Gemeindevertretungen und wenn an Hand der genannten Löhne darauf hin, daß alle sich eventuell entwideln könnten, Komplikationen auf das Schlußlicht der Arbeitgeber zurückgewiesen werden müssen. Nachstehende Entschließung fand Annahme:

"Die am 22. Mai tagende Mitgliederversammlung nimmt von dem Verhandlungsergebnis unter Protest Kenntnis. Sie erklärt, daß nach Lage der Sache der Beschluß der Z.L.A. verständlich erscheint und beauftragt die Verbandsleitung sofort in neue Verhandlungen einzutreten. Sollten diese und auch noch Anträge der beruflichen Schiedsstellen wiederum erfolglos oder ungünstig verlaufen, lehnt die Arbeiterchaft alle durch das Verhalten des Arbeitgeberverbandes entstehenden Folgen ab.

Die Versammlung befürwortet weiter die Verbandsleitung, die Durchführung einer Urabstimmung vorzubereiten."

Der Standort der Beamtenbefreiung

Die Pressemeldungen der Reichsregierung über das Ergebnis der Geldordnungsverhandlungen sind geeignet, den Aufsehen zu erwecken, als ob die Beamtenspartenorganisationen den Regierungsvorschlag widerprüchslos angenommen hätten. Das Gegenteil ist der Fall! In der Schlussverhandlung lehnten die Spartenorganisationen das Regierungsvorschlag ab und sie bezeichneten sich alle weiteren Schritte vor. Die sofort eingeleiteten Beratungen der Organisationen über die zu ergreifenden Maßnahmen wurden am Montag zum Abschluß gebracht.

9 Schlager unseres Pfingst-Verkauses



Steinwollenes
Kostüm
für Sport und Strand
in schönen Streifen
ganz gefüttert
16.50

Frotte-Röcke
weiß und in schönen Särgen
7.45, 5

Mufflein-
und Voile-
Kleider
in praktischen Farben
8.75, 5.75

Kleider
aus Frotte
graugrün mit apernen,
modernen Streifen,
alte Größen
14.50, 11.50
10.50

Woll-Volle-
Blusen
halsfrei und Hibi-Kragen,
mit Rüschen
9.75, 6.75, 4.75

Gestreifte und farbige
Röcke
in apernen Farben
11.95, 7.95, 6.95

8 Serien
Bolle-Kleider
weiss und farbig, teils
mit eleganter Handstickerei
Serie I Serie II
25.50 23.50
Serie III 19.50

Dresden-
Löbtau

Wollwarenhaus „Saxonia“

Resselsdorfer
:: Straße 5 ::

sensation!

Heute
und folgende Tage
Der zweite Maroccofilm: Erstaufführung
Mit größtem Beifall aufgenommen.

Marocco
der Mann der Kraft
in dem internationalen Sensations-Drama

Marocco: Der Ausbrecher!

6 große sensationelle, abenteuerliche Akte!
Maroccos erneute Proben seiner Riesenkräfte:
Der geheimnisvolle Mord im Gefangentransportwagen.
Flucht eines 10jährigen Knaben auf Telephondrähten.
Maroccos List und gefährlicher Sieg.

Dazu:
ein Dr. und ein Chaplin-Lustspiel
2 Akte!

Eintritt: 4, 6, 8½ Uhr; Sonntags 3 Uhr. [187]

Vaterland-Lichtspiele
Freiberger Platz 20

Palast-Theater

Dresden-N. Alaustraße 28

Hente Dienstag bis Donnerstag:

Das erstklassige Doppelprogramm:

10 Akte 1. 10 Akte

Die geheimnisvolle Goldinsel

(Der Kampf um die Macht)

Ein Abenteuer auf hoher See

5 Akte Sensation über Sensation

Um Weib und Kind

Ein spannendes Lebensdrama auf der Südsee

in 8 Akten

Dieser außergewöhnliche Goldsyn-Film war lange Zeit von der Zensur verboten

Nur zeitiges Kommen sichert guten Platz

Vorstellungen:

Werktag: 6½ 8½ Uhr

Sonntags: 4 6½ 8½ Uhr

[187]

Gasthof Wölmitz

Morgen Mittwoch, 18 Linie 7

Garten-Militär-Konzert

Rossmühle Göhler. - Im Saale

Öffentlicher Ball.

Himmelfahrt: Frei-Konzert und Ball

Mai

Sarrasani
„Fridericus-Festspiele“
Gegen die Ablieferung dieses Gutscheins erhält der Inhaber für jede gelöste Eintrittskarte einen danebenliegenden Freiplatz an den Circuskassen. Gültig für alle Vorstellungen, auch Sonntags.
Bitte ausschneiden und an der Circuskasse umtauschen.

Donaths Neue Welt

Fernsprecher 31418 Linie 19

Jeden Mittwoch
Feiner Ballabend

Anfang 2 Uhr — Festlicher Eintritt

Der schöne, staubfreie Garten bietet täglich angenehmen Familienaufenthalt.

Kinderbelustigungen [w 125]

Alpengönigin

Abendessen

Stundenkonzert

Wiederholung

Waaren-Einkaufs-Verein zu Görlitz A.-G.

Feinkost

von einwandfreier Beschaffenheit
zu besonders billigen Preisen:

Kösliner Blut- und Leberwurst $\frac{1}{4}$ Pfd. 25 Pf.
Beste Thüringer Zungenwurst $\frac{1}{4}$ Pfd. 40 Pf.
Prima pommersche Teewurst... $\frac{1}{4}$ Pfd. 50 Pf.

Frischer Fleischsalat von bester und sorgfältigster Zubereitung und daher von vorzülichem Wohlgeschmack — nur erstklassige Zutaten — vorzügliche Mayonnaise ohne Mehlsatz nur 30 i.H.

Feinkost-Bratheringe . . . Dose 100 Pf.
Echte Kippered-Heringe in Fettbrühe, Dose 100 Pf.
Portugiesische Oelsardinen . . . Dose 50 Pf.

Weinböhlaer Spargel
täglich frisch zu niedrigst. Tagespreisen
Als Beilage bestens empfohlen:
Echter Rüucherlachs
in Scheiben geschnitten $\frac{1}{4}$ Pfd. 110 Pf.
Prima westfäl. roher Schinken
 $\frac{1}{4}$ Pfd. 55 Pf.

Vollfetter echter Edamer Käse $\frac{1}{4}$ Pfd. 35 Pf.
Vollfetter echter Limburger Käse $\frac{1}{4}$ Pfd. 25 Pf.
Beste italienische Kartoffeln . . . Pfd. 28 Pf.
Vorzügliche fette Maatjesheringe Stück 18 Pf.

Honig in Scheiben Pfd. 150 Pf.
flüssig. Blüten- $\frac{1}{2}$, Glas 85 Pf.
 $\frac{1}{2}$, Glas 160 Pf.
Warmbrunner Buttergebäck . . . $\frac{1}{4}$ Pfd. 30 Pf.
Pralinen- u. Fondants-Mischung $\frac{1}{4}$ Pfd. 25 Pf.
Feinstes ital. Olivenöl, lose Pfd. 180 Pf.
in Flaschen von 45 Pf. an
Dänische Schlagsahne . . . Dose 115 Pf.
Himbeersaft hochstein und aromatisch
lose Pfd. 100 Pf.
Flasche 100 und 150 Pf.
Fa. natürl. Messina-Zitronensaft . Fl. 100 Pf.
Beste frische Messina-Zitronen Stück 4 u. 6 Pf.

Aepfelwein:

gut gepflegt und in ordentlicher Kellerwirtschaft sachgemäß behandelt:
Marke „Renette“ $\frac{1}{2}$ Fl. 75 Pf.
Marke „Borsdorfer“ $\frac{1}{2}$ Fl. 100 Pf.

Ganz besonders schöne ausgereifte

Beerenweine:

Heidelbeerwein $\frac{1}{2}$ Fl. 150 Pf.
Johannisbeerwein $\frac{1}{2}$ Fl. 150 Pf.
Erdbeerwein $\frac{1}{2}$ Fl. 150 Pf.

Vorstehende Preise verstehen sich ohne Steuer und Flasche.

Man beachte: Für die menschliche Ernährung ist das Beste eben gerade gut genug. Und ist das Beste nun auch noch billig, so ist das

Ideal einer rationellen Volksernährung erreicht.

Dieses Ziel zu erreichen, ist der Grundsatz, nach dem unsere Firma während der

63 Jahre ihres Bestehens

das Geschäft betrieben und das Vertrauen aller ehrlichen Haushalte erworben hat. Dieses Vertrauen darf sich auch erstrecken auf die durch besondere Rücklage bei der Deutschen Bank gesicherte

Wertbeständigkeit unserer Einkaufsgutscheine

und die wir **6% Rückvergütung** gewähren.

Sie werden brüchig

Ihre Stiefel nämlich, wenn Sie minderwertige Schuhcreme verwenden.
Büdo-Schuhputz
ist beste Terpentinölware
die dem Schuh schnell Hochglanz gibt.



46538 Besucher

sahen bis jetzt in unserem Lichtspielhaus den Weltfilm

Die

Nibelungen

Ein deutsches Heldenlied

Regie: Fritz Lang / Musik: G. Hupperts

Einem p.t. Publikum für den überaus regen Besuch

unserer Nibelungen-Vorführungen dankend, wird sich

unsere Direktion gestatten,

dem 5000sten Besucher

als Präsent ein Jahresabonnement

auf dem Platze zu überreichen, für den die Eintrittskarte gelöst wurde.

Beginn der Vorstellungen: wochentags 1/6 und 1/9 Uhr
Himmelfahrt (letzter Tag): 3, 1/6 und 1/9 Uhr

UT-Lichtspiele

G. m. b. H.

In Vorbereitung:

der 2. Nibelungenfilm Kriemhilds Rache

Rennen

zu Dresden

Himmelfahrt, 29. Mai

nachmittags 2/1 Uhr

Fleisch- und Wunderkiste-Rennen

Erstes zum Rennen ab 14 Uhr
1,40 und 1,60 Uhr.

Schreiter des Dresdner Komitees.

ZOO

Täglich

Konzert

Alle Konzertkarten

auch 1. Reihe erhältl.

Tymians

Thalia-Theater

Laubende Menschen Jubel im T.T.Y.

Der verfehlte Theater 1920

Originaltheater! Eine neue

Originaltheater vom Eltern-Thymian!

Bank der alten neuen Goldrollen!

Vorverkauf ab 8. 5. ab 4 Uhr. Vorverkauf gültig.



Spülapparate

Küche, Spülkanne,

Schlafz., Leiblin-

den, Küchenmöbel,

Unterl., Waschst.

Praxis

Am See 27 1000

Ecke Dippoldiswalder Str.

Möblier-

tion

Preß-

Arbei-

demo-

verdi-

ruhe-

strof-

tiger-

geht

öffne-

23

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

36

38

40

42

44

46

48

50

52

54

56

58

60

62

64

66

68

70

72

74

76

78

80

82

84

86

88

90

92

94

96

98

100

102

104

106

108

110

112

114

116

118

120

122

124

126

128

130

132

134

136

138

140

142

144

146

148

150

152

154

156

158

160

162

164

166

168

170

172

174

176

178

180